

Posener Tageblatt

Angengläser
in jeder Ausführung
H. Foerster
Diplom-Optiker
Poznań
ul. Fr. Ratajska 26.

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Posen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Posen u. Danzig monatl. 8.— zł. Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmt. Einzelnummer 0.25 zł, mit illust. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Vertriebsführung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die Schriftleitung des Posener Tageblattes, Poznań, Zwirzyńska 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegramm-Adresse: Tageblatt, Poznań. Postfach-Konto in Posen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. A. C., Drukarstwo i Wydawnictwo, Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldbfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. Platzvorrat n. schweriger Satz 50 %, Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge unbedeutlicher Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o.o., Poznań, Zwirzyńska 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Posen: Poznań Nr. 207916, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o.o., Poznań).

Kosmos
Terminkalender
1932
unentbehrlich auf jedem Schreibtisch
Preis 5.00
in jeder Buchhandlung der bei KOSMOS, Zwirzyńska 6, Telef. 6105

71. Jahrgang

Mittwoch, 27. Januar 1932

Nr. 21.

Paraphierung des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 26. Januar.
Gestern Abend um 7 Uhr wurde im sowjetrussischen Botschaftsamt für auswärtige Angelegenheiten in Moskau der polnisch-sowjetrussische Nichtangriffspakt paraphiert. Von polnischer Seite wurde die Paraphierung durch den polnischen Gesandten Patel, von sowjetrussischer Seite durch den Botschaftsminister für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, vorgenommen.

Der Pakt hat folgenden Inhalt: Eingangs stellen beide Parteien fest, daß sie von dem Willen befeuert sind, die zwischen ihnen bestehenden friedlichen Verhältnisse aufrechtzuerhalten, die ein hervorragender Faktor bei der Aufrechterhaltung des Gesamtfriedens sind. Sie stellen fest, daß der Friedensvertrag vom Jahre 1921 weiterhin die Grundlage ihrer gegenseitigen Beziehungen und Verpflichtungen ist. Beide Parteien geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die friedliche Entscheidung der internationalen Streitfälle sowie Beilegung alles dessen, was der Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten entgegensteht, das wichtigste Mittel zur Erlangung des allgemeinen Friedens ist. Beide Parteien erklären, daß keine internationale Verpflichtungen ein Hindernis in der Entwicklung der friedlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten darstellen und sich nicht im Gegensatz zum Abschluß des Paktes befinden. Beide Staaten haben beschlossen, den Pakt zwecks Verwirklichung des Kellogg-Paktes abzuwachen, der durch das Moskauer Protokoll vom Jahre 1929 in Kraft gesetzt wurde.

In Art. 1 des Paktes stellen beide Parteien fest, daß sie in ihren gegenseitigen Beziehungen auf den Krieg als Mittel der internationalen Politik verzichten und sich gegenseitig verpflichten, sich von allen aggressiven Handlungen fernzuhalten. Als solche aggressiven Handlungen werden Aktionen angesehen, durch die die Ganzheit des Gebiets des einen Staates oder die politische Unabhängigkeit bedroht werden, selbst in dem Falle, wenn derartige Aktionen ohne vorausgehende Kriegserklärung unter Umgehung aller ähnlichen Erscheinungen begangen würden.

Art. 2 steht vor, daß weder mittelbar noch unmittelbar einem dritten Staate Hilfe erteilt wird, der einen der beiden unterzeichneten Teile überfällt. Wenn einer der beiden Kontrahenten sich einen Angriff auf einen dritten Staat zuschulden kommen läßt, so steht dem zweiten Kontrahenten das Recht zu, den Pakt ohne Kündigung für ungültig zu erklären.

Art. 3 verpflichtet beide Seiten, sich an keiner Verletzung zu beteiligen, die aggressive Ziele verfolgt und feindselig gegen den zweiten Kontrahenten eingestellt ist.

Im Sinne des Art. 4 werden die in den beiden ersten Artikeln enthaltenen Verpflichtungen nicht durch die internationalen Rechte und Verpflichtungen eingeschränkt, die sich aus Verträgen ergeben, welche von jeder der beiden Seiten vor Inkrafttreten des Paktes abgeschlossen wurden, sofern diese Verträge nicht aggressive Bestimmungen enthalten.

Art. 5 sieht ein Konsultationsverfahren vor, über das noch besondere Abmachungen getroffen werden sollen und das einen integralen Bestandteil des Paktes bildet. Das Konsultationsabkommen muß gleichzeitig mit dem Pakt ratifiziert werden.

Art. 6 bestimmt, daß der Pakt in möglichst kurzer Zeit ratifiziert wird und 30 Tage nach Austausch der Ratifizierungsurkunden in Warschau in Kraft tritt.

Art. 7 besagt, daß der Pakt für drei Jahre gilt und automatisch um weitere zwei Jahre verlängert wird, falls nicht innerhalb einer sechsmonatigen Frist eine Kündigung erfolgt.

Art. 8 stellt fest, daß der Pakt in polnischer und russischer Sprache geschrieben ist und beide Texte authentisch sind.

Von zwei Zusatzprotokollen besagt das erste, daß eine eventuelle Kündigung des Paktes im Sinne des Art. 7 nicht verstanden werden darf, als ob sich der kündigende Teil den Verpflichtungen entziehen wolle, die sich aus dem Pakt ergeben. In dem zweiten Zusatzprotokoll heißt es, daß hinsichtlich des Abchlusses eines Konsultationsabkommens zwischen beiden Staaten keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Presse zu der Paraphierung des Nichtangriffspaktes

Die heutige Warschauer Morgenpresse äußert sich zu der Paraphierung des Nichtangriffspaktes nur kurz. Die „Gazeta Polska“ stellt fest, daß

dieser Pakt ein weiterer Schritt auf dem Wege der Verwirklichung einer Befriedung Osteuropas sei. Allerdings sei die Unterzeichnung dieses Paktes abhängig von dem Abschluß analoger Pakte mit allen Staaten, die im Westen an Sowjetrußland grenzen.

Der der Regierung nahestehende „Kurjer Poranny“ weist ebenfalls darauf hin, daß der Vertrag erst unterzeichnet werden könne, wenn es zwischen Sowjetrußland und Rumänien zu einer Verständigung gekommen ist, da Polen seinen rumänischen Verbündeten nicht verlassen werde. Das Blatt hofft, daß die Schwierigkeiten zwischen Bukarest und Moskau vorübergehender Natur sind. Besondere Beachtung verdient nach der Ansicht des „Kurjer Poranny“ der Absatz 2 des Paktes, der besagt, daß beide Parteien keinerlei Verpflichtungen eingegangen sind gegenüber einer dritten Seite, durch die der Pakt an der Verwirklichung verhindert werden könnte.

Dieser Absatz könne man ohne weiteres als gegen Deutschland gerichtet auffassen. Deutschland hege die Illusion, daß Sowjetrußland mit Polen keinen Pakt abschließen würde, der die in Rapallo abgeschlossene Verständigung zwischen Moskau und Berlin, die kürzlich in Berlin erneuert wurde, wertlos machen würde. Der Art. 2 aber stellt, der Ansicht des „Kurjer Poranny“ zufolge, ein wirkliches Instrument des Friedens in Mitteleuropa dar, weil er den Vertrag von Rapallo bricht. (?)

Aber...

Was die Sowjetrussen sagen

Gleichzeitig mit der Paraphierung des polnisch-sowjetrussischen Nichtangriffspaktes hat der sowjet-

russische Außenminister Litwinow einem Vertreter der amtlichen sowjetrussischen Telegraphen-Agentur eine Unterredung gewährt, in der er sich über den Gesamtkomplex der Nichtangriffspaktfragen äußerte. Er erklärte, daß die Verhandlungen mit allen Staaten, die im Westen an Sowjetrußland grenzen, günstig fortzuschreiten, lediglich bei Rumänien lägen die Dinge anders. Beide Parteien, Rumänien wie Sowjetrußland, hätten zunächst die Verhandlungen begonnen und dabei die beiderseitige Frage nicht angeschnitten. Es sei aber ganz klar, daß ein zweiseitiger Pakt zwischen zwei Staaten, in dem keine positive Lösung von Gebietsfragen vorhanden sei, nicht abgeschlossen werden könne. Litwinow sagte, man könne verstehen, daß Rumänien nach der Okkupation Bessarabiens die Sache in Vergessenheit geraten lassen wolle und am liebsten an den Streit nicht erinnere. Es glaube, daß das Schweigen Sowjetrußlands das Einverständnis mit dieser Okkupation bedeute. Darauf könne sich aber Sowjetrußland niemals einlassen. Rumänien gehe noch weiter und wolle einen so formulierten Nichtangriffspakt erreichen, aus dem hervorgeht, daß Sowjetrußland die Souveränität Rumaniens über Bessarabien anerkennt, mit dem Dniestr als der rumänischen Grenze. Das sei für Sowjetrußland völlig unannehmbar.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß die Verhandlungen zwischen Rumänien und Sowjetrußland im Augenblick aussichtslos sind und daher mit einem Abschluß des rumänisch-sowjetrussischen Nichtangriffspaktes zunächst noch nicht zu rechnen ist. Damit werden auch die Möglichkeiten für eine baldige Inkraftsetzung des polnisch-sowjetrussischen Nichtangriffspaktes schwach.

Der Rat tagt

Die erste Sitzung

Die 36. Tagung des Völkerbundsrates begann am gestrigen Montag vormittag 11 Uhr mit einer nichtöffentlichen Sitzung, an die sich unmittelbar daran die erste öffentliche Sitzung angeschlossen. Den Vorsitz der Tagung führt Frankreich. Die französische Regierung hat, wie gemeldet, den Senator Paul-Boncour mit ihrer Vertretung beauftragt.

In der nichtöffentlichen Sitzung

Leitete die Vertreter Chinas, Dr. Yen, wie berichtet, dafür ein, daß der chinesisch-japanische Streit als einer der wichtigsten Punkte vom Räte sofort in öffentlicher Sitzung behandelt werde. Demgemäß wurde beschlossen, nachmittags eine öffentliche Sitzung abzuhalten und in ihr den Streitfall, der den Völkerbund seit September beschäftigt, auf die Tagesordnung zu setzen.

Der polnische Außenminister Jalecki beantragte sodann, die auf Antrag der deutschen Regierung auf der Tagesordnung stehende Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit in Polen auf die Mittagung des Rates zu verschieben. Der deutsche Vertreter v. Weizsäcker widersetzte sich dem mit allem Nachdruck. Es wurde beschlossen, daß der Berichterstatter für die Minderheitenfrage, der japanische Botschafter Sato, mit den beiden beteiligten Abordnungen persönlich Fühlung über die Beschwerde nehmen solle.

Die öffentliche Sitzung.

An der Außenminister Spaniens, Tolens und Südlawiens teilnahmen, begann mit einer großen Kundgebung für Briand. Sämtliche 14 Ratsmächte brachten ihr Bedauern über sein Fernbleiben zum Ausdruck. Die Kundgebung wurde durch Lord Cecil eröffnet, der die Verdienste Briands um den Völkerbund und das Friedenswerk stark hervorhob. Der deutsche Vertreter, Geandert v. Weizsäcker, schloß sich den Wünschen auf baldige Wiederherstellung der Gesundheit Briands an. Im Namen der französischen Regierung dankte Paul-Boncour für die Sympathieerklärungen und betonte, daß Briand nach wie vor ständiger Delegierter Frankreichs im Völkerbundsrat sei.

Der Völkerbundsrat beschloß sodann, der Abrüstungskonferenz eine Zusammenstellung des

gegenwärtigen Standes der zivilen Luftfahrt der einzelnen Länder sowie der bestehenden internationalen Abkommen über die zivile Luftfahrt zu übermitteln.

In einer streng geheimen Sitzung hat der Rat am Montag von dem Schreiben des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, an den amtierenden Ratspräsidenten Kenntnis genommen, in dem Drummond seinen Rücktritt zu Ende dieses Jahres erklärt.

Genf statt Lausanne?

Aus Paris kommen Meldungen, daß selbst die Franzosen jetzt plötzlich dafür sind, die durch die torpedierte Tributkonferenz in irgendeiner Form doch noch im Februar abzuhalten. Die Franzosen werden voraussichtlich vorschlagen, daß die Konferenz nunmehr in Genf statt in Lausanne stattfindet, und zwar im Anschluß an die Aussprache des Ministerpräsidenten anlässlich der Abrüstungskonferenz.

Man nimmt an, daß die Regierungschefs erst in der zweiten Woche der Abrüstungstagung nach Genf kommen. Dann würden sich die Tribut- und Schuldenbesprechungen in der dritten Woche anschließen. Reichsminister Dr. Brüning wird voraussichtlich am 10. Februar nach Genf abreisen.

Reparationskonferenz am 30. Juni?

Paris, 26. Januar. Zu der gestrigen Unterredung des französischen Ministerpräsidenten und des französischen Finanzministers mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell berichtet der „Matin“, Lord Tyrrell habe Laual einen Entwurf vorgelegt, der von dem englischen Staatssekretär Lord Rothermere ausgearbeitet worden sei. Dieser Entwurf lasse sich wie folgt zusammenfassen: Die Vertreter Großbritanniens schlagen, nachdem sie kurz an die besonderen Umstände erinnert haben, die die Verschiebung der Pariser Konferenz hervorgerufen hätten, den interessierten Regierungen vor, am 30. Juni mit Deutschland Verhandlungen aufzunehmen. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß bis dahin die Währungs- und Wirtschaftslage sich genügend weiterentwickelt haben werde, um nützliche Verhandlungen zu erlauben.

Alles auf einen Blick:

Die Tagung des Völkerbundsrates hat begonnen. Jalecki hat dagegen Protest eingelegt, daß die deutsche Agrarreformbeschwerde als vorrangig behandelt werde.

Die Tributkonferenz, die jetzt verschoben worden ist, soll am 30. Juni in Genf stattfinden.

In Frankreich hat eine maßlose Scharfmacherei gegen Deutschland begonnen, um die Wählermassen zu beunruhigen.

In Moskau ist der sowjetrussisch-polnische Nichtangriffspakt von Patel und Litwinow paraphiert worden.

Borah hat auf die letzte Rede Lavals eine scharfe Erklärung abgegeben.

Sie müssen lesen:

Paraphierung des polnisch-sowjetrussischen Nichtangriffspaktes. — Scharfmacherei. — Der Rat tagt.

Heute Beilage „Recht und Steuern“

Das Schicksal der deutschen Agrarreformbeschwerde

Warschau, 26. Januar. (Eig. Tel.)

Wie die Warschauer Presse berichtet, hat Außenminister Jalecki gegen die von deutscher Seite beantragte dringliche Behandlung der Agrarreformfrage des deutschen Sejmabgeordneten Graebe Protest eingelegt. Der Streit, ob diese Frage über eine minderheitsfeindliche Anwendung der Agrarreform in Polen als dringlich auf der gegenwärtigen Völkerbundsratssitzung besprochen wird, ist noch nicht entschieden und wird von dem japanischen Delegierten Sato, der der Referent der Minderheitslagen ist, in diesen Tagen entschieden werden.

Die polnische Presse äußert sich weiterhin sehr verärgert über diese Frage. Der „Głos Poranny“ sagt, daß diese neue Intervention der deutschen Minderheit das gegenwärtige System der Minderheitenprozedur unterwühle. Das Blatt schlüsselt, daß, wenn dem deutschen Standpunkt recht gegeben würde, die Arbeit des Dreierkomitees zunichte wäre.

Borah und Laval

Die Antwort auf die Kammerrede

Senator Borah veröffentlicht folgende Erklärung:

„Der einzige sogenannte konkrete Vorschlag, der in dieser Woche aus den Verhandlungen in Europa hervorgegangen ist, besteht in der Verlängerung des internationalen Moratoriums. Dieser Vorschlag imponiert mir nicht; er bedeutet weder Erleichterung noch Erholung. Unter den bestehenden Verhältnissen bedeutet ein Moratorium einen Aufschub der Operation, bis der Patient so schwach ist, daß er nicht überleben kann. Herricot bedauert, daß es die Vereinigten Staaten ablehnen, an Frankreichs Seite zu treten. Wenn Frankreich ein Programm bieten würde, das uns eine bessere Zukunft, den Wiederaufbau Europas und die wirtschaftliche Erholung der Welt in Aussicht stellt, so würde es die Vereinigten Staaten außerordentlich interessiert finden. Amerika hat von Beginn des Weltkrieges an nie gezögert, zu helfen, wenn es sich um wirkliche Hilfe für Europa handelte; aber nach Lavals Rede vom letzten Mittwoch, welche Ermüdung besteht da für Amerika, sich für Europa zu interessieren? Laval stellte drei Forderungen auf: erstens die Unantastbarkeit und volle Bezahlung der Reparationen, zweitens verlangte er, daß die Friedensverträge das geistliche Statut Europas sein und bleiben sollen, drittens lehnte er die Abrüstung so lange ab, bis die Nationen einen Sicherheitspakt zur Verteidigung dieser Friedensverträge abschließen. Bei einem derartigen Programm, was nützt da ein Moratorium, wenn dann dadurch irgendjemand geholfen werden, und warum sollte Amerika an derartigen Vorschlägen irgendwelches Interesse haben?“

Indische Mohammedaner überfallen Hindu-Dörfer

Jammu (Kashmir), 26. Januar. (Reuter.) Eine starke Truppenabteilung ist nach dem Rajouri-Nah-Bezirk abgesandt worden. Dort haben 12 000 bewaffnete Mohammedaner einige Hindu-Dörfer überfallen, geplündert und in Brand gesteckt.

Scharfmacherei

Auftakt zum französischen Wahlkampf

Bei der Wahlpropaganda, die zurzeit im Gange ist, suchen sich die Parteien in Kampfbildern gegen die deutsche Politik zu überbieten. Der frühere Minister und Abgeordnete Georges Bonnet hat in Provins, nicht weit von Paris, bei einer Werbeveranstaltung der Rechten, was nicht weiter zu verwundern war, diesen Ton angeschlagen:

Deutschland lüfte jetzt die Maske und zerreiße mit den eigenen Händen den Youngschen Plan. Als eines der Gegenmittel schlägt er vor, daß die für das Jahr 1935 vorgezeichnete Volksabstimmung im Saargebiet aufgeschoben werde, bis Deutschland seine Reparationszahlungen habe. So schaffe man eine neutrale Zone und vermeide eine weitere Ausdehnung der deutsch-französischen Nachbarschaft.

Beinahe noch eifriger gebärden sich Staatsmänner der Linken. In Bordeaux hat Senator Lémercy, der sich zur Linken zählt, aber gleichzeitig alles getan hat, um die Stellung Briands zu unterwühlen, unter anderem auch über die Außenpolitik gesprochen.

Lémercy sprach von den Kriegserregnissen, die tatsächlich in Frankreich umlaufen; er sprach von einem Verfolgungswahn und stellte es so dar, daß die deutsche Propaganda die Welt glauben machen wolle, die französische Nation treibe dem Kriege zu. Er behauptete, daß die von Frankreich gewährten Nachlässe in den Reparationsforderungen Deutschlands Redlichkeit und Unerschrockenheit noch gesteigert hätten. Auch die Unzufriedenheit aller anderen Länder sei gestiegen, hauptsächlich Englands, das bereits die französische Hilfe vergessen habe und die Franzosen als die verantwortlichen Urheber seiner Krise betrachte. Amerika fordere auf der einen Seite die Franzosen auf, die Hoffnungen auf die deutschen Reparationen zu begraben, auf der anderen Seite wolle es bis zum letzten Heller bezahlt sein. Deutschland habe wiederum ein hebräisches Heer aufgestellt. Die Sicherheit Frankreichs bestehe nur auf dem Papier. „Der Friede in Europa wird um so besser gewährleistet sein, je stärker Frankreich materiell und moralisch dasteht.“

In dem Bogensendepartement sprach der radikal-sozialistische Abgeordnete und Bürgermeister von Reims Paul Marchandau:

„Ich glaube nicht, daß man durch eine Nachgiebigkeit gegenüber den befehlshaberischen Forderungen Deutschlands die Fortschritte der Hitlerbewegung aufhalten kann. Wenn im beherrschenden Interesse des Friedens Zugeständnisse gemacht werden müssen — jedoch ausschließlich unter dem Vorbehalt der Achtung vor der geistlichen Unterwerfung —, so werden diese nur möglich sein in dem Maße, wie das deutsche Volk die Verwerfung der Gewalt- und Revanchepartei zum Ausdruck bringen wird.“

Der sonderbare Pasifist Painlevé hielt eine andere Rede in der französischen Provinz. Er widersprach zwar gewissen düstern Gerüchten und falschen Mobilisierungsnachrichten, Frankreichs erste Pflicht sei es jedoch, den Rechten Gedanken nicht verdunkeln zu lassen. Er pries „Gerrits herliche Rede in der Abgeordnetenversammlung“. Was Frankreich verteidige, sei weniger sein Schuldgefühl, als der Grundgedanke der gesamten internationalen Moral.

Dazu bemerkt treffend die „Adn. Ztg.“:

Vorausichtlich wird Deutschland bis zu den kommenden Wahlen im Wahlkampf manches zu hören bekommen. Die nationale Pflicht wird es sein, nicht Gleiches mit Gleichem zu erwidern, sondern, gestützt auf das gute Gewissen, ruhig Blut zu bewahren. Die Kriegserregnisse, die in Frankreich umlaufen, sind bezeichnend. Ein vernünftiger Mensch in Deutschland kann an kriegerische Unternehmen denken. Die könnten nur von Frankreich ausgehen. Wozu wurden diese Gerüchte in Frankreich ausgespreut? Sie sind in der Hauptsache als eine allerdings sehr gefährliche „Vorberührung“ der Abrüstungskonferenz zu deuten.

Die englisch-französischen Verhandlungen über die Reparationsfrage

Beide Teile beharren auf ihrem Standpunkt

Paris, 26. Januar. Das, was „Matin“ über die gestern am Quai d'Orsay geführten Verhandlungen mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell gebracht hat, kann dahin ergänzt werden, daß von England ganz bestimmte Forderungen, die über das Jahr 1932 bis Juli 1933 hinausgehen, gemacht wurden. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ will in der Lage sein, über die englische und die französische Stellungnahme während der gestrigen Verhandlungen mitteilen zu können, die Angelegenheit sei kein Schritt vorwärts gekommen. Engländerseits halte man an dem Verlangen fest, daß die Reparationskonferenz im Mai oder Juni zusammengetreten und eine Regelung vornehmte, die sich mindestens auf eine Reihe von Jahren erstreckte. Was die Art dieser Regelung anbetreffe, so genüge es, zu sagen, daß sie ein absolutes Moratorium, d. h. die Unterbrechung aller deutschen Zahlungen, umfassen solle, auch der, die das gegenwärtig in Kraft befindliche Hoover-Moratorium habe beibehalten lassen. Wahrscheinlich seien weder La Vallée noch Landin geneigt, diesen Plan anzunehmen, der in der Praxis die einfache Befreiung der deutschen Reparationen bedeuten würde, ohne Rücksicht auf das, was die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Kriegsschulden tun oder nicht tun würden. Die Grenze dessen, was Frankreich zugehen könne, sei in einer Erneuerung des Hoover-Moratoriums einschließlich der darin enthaltenen Sicherungs-

bestimmungen für einen Zeitraum vom 1. Juli 1932 bis 1. Juli 1933 zu erblicken. Außerdem dürfe nach französischer Ansicht die Reparationskonferenz im Mai oder Juni bezüglich der Zukunft nichts über den Zeitpunkt von zwei Jahren vorwegnehmen. Wenn London wünsche, daß sich diese Konferenz mit etwas anderem als der Definierung eines Moratoriums für ein oder zwei Jahre beschäftigen solle, dann mögen außer der Reparationsfrage noch andere finanzielle und wirtschaftliche Probleme auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden.

Englische Pressestimmen zur Unterredung Lord Tyrrells mit den französischen Ministern

London, 26. Januar. Zur gestrigen Unterredung zwischen dem britischen Botschafter in Paris und den französischen Ministern will der Pariser Korrespondent der „Times“ wissen, daß dabei die Auffassungen der beiden Regierungen sich ein wenig genähert hätten. Im Gegensatz hierzu meldet der französische Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus Paris, anscheinend hätten sich weder die französische noch die britische Regierung vom Gled gerührt. Die britische Regierung bestehe nach wie vor auf einem absoluten Moratorium ohne Rückblick auf die Haltung Amerikas. Andererseits betrachte die französische Regierung das Hoover-Moratorium als das äußerste Zugeständnis, das sie Deutschland machen könne. Die Zusammenkunft zwischen La Vallée und Macdonald werde schwierig in dieser Woche stattfinden.

Das politische Gesicht der obereschlesischen Lohnstreikigkeiten

(Eigenes Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 23. Januar.

Die führende politische Presse der Hauptstadt verfolgt die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien mit großer Aufmerksamkeit. Besonders das Organ der Regierungslager angehörenden Schwerindustrie, der „Kurier Polski“, setzt sich in diesen Tagen sehr ausführlich mit dem obereschlesischen Kohlenproblem auseinander. Bemerkenswert ist, daß man in den letzten Tagen immer mehr von politischen Hintergründen des obereschlesischen Kohlenproblems spricht. In seinem gestrigen Leitartikel schreibt der „Kurier Polski“ darüber: „Charakteristisch und in hohem Grade beunruhigend und gefährlich ist, daß der Schwerpunkt des Kohlenproblems in Polen in den letzten Wochen sich immer mehr auf die politische Ebene zu verschieben beginnt und das Problem selbst in einen Gegenstand innerpolitischer Schachzüge wird. Es ist noch gar nicht so lange her, nämlich im Dezember, seit der Beschluß des Schlesischen Sejms fiel, der gegen den Export polnischer Kohle gerichtet war, ihn als sinnlos hinstellte und forderte, daß die Kohle auf den Inlandsmarkt geleitet und der innere Verbrauch von Kohle gefördert würde. Zum ersten Male wurde damals in so entschiedener Form die Zweckmäßigkeit des polnischen Kohleexports angezweifelt. Dieser Beschluß des Schlesischen Sejms hatte eine ausgesprochene politische Spitze, die gegen die gegenwärtige Regierung gerichtet war. Man muß sich das Beispiel Englands ins Gedächtnis rufen, das im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Labour-Party in den Jahren 1925 und 1930 die üblichen Erfahrungen damit gemacht hat, daß es die Kohlenfrage, also eine ausgesprochene wirtschaftliche Frage, von politischen Gesichtspunkten aus regeln wollte. Dieses abschreckende Beispiel Englands muß man sich bei der Erwägung des Kohlenproblems in Polen ins Gedächtnis rufen, da auch bei uns dieses Problem einen ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter trägt, obwohl sein tieferer Sinn heute staatspolitisch ist.“

Meuterei in einem englischen Zuchthaus

Aus London wird gemeldet:

In dem Zuchthaus Dartmoor bei Princetown in Devonshire brach Sonntag morgen eine Meuterei aus, die erst nach schweren Kämpfen mit den rebellierenden Sträflingen niedergeschlagen werden konnte. 84 Zuchthausler sind verletzt worden, davon befinden sich zwei in Lebensgefahr.

Kurz nach dem Frühstück traten die Sträflinge, wie gewöhnlich, zum Kirchgang an. Auf dem Wege zur Kirche, die innerhalb der Zuchthausmauern liegt, brach die Meuterei aus. Die wenigen Wärter waren sofort überrollt. Ein Teil der Meuterer, etwa 100, stürmte das Verwaltungsgelände und setzte es in Brand. Dieses Gebäude ist im Laufe des Tages so gut wie vollkommen niedergebrannt. Die Gefangenen versuchten, das Gefängnis-Gouverneurs habhaft zu werden. Dieser konnte sich jedoch durch die Mauer retten. Der stellvertretende Gouverneur wurde durch das Eingreifen eines mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraften Sträflings gerettet, der sich vor seinen Mitgefangenen für ihn einsetzte.

Die sofort mobilisierten Reservekräften befehlten, mit Gewehren und Pistolen bewaffnet, die Tore des Zuchthaus und schen sich nach kurzer Zeit genötigt, das Feuer auf die Meuterer zu eröffnen, die zu flüchten versuchten. Es wurde nur mit Schrot geschossen. Ein Sträfling, der das Dach erklimmen wollte, wurde von dort heruntergeschossen

„Journal“ zum Stillhalteabkommen

Paris, 26. Januar. Der Außenpolitiker des „Journal“ beschäftigt sich heute mit dem in Berlin abgeschlossenen Stillhalteabkommen und schreibt, man könne sich fragen, inwieweit dieses Abkommen den Kredit Deutschlands wiederherzustellen suche und inwieweit es darauf abziele, im voraus die Entwicklung der französischen Politik zu paralysieren, die eine Verjährung der Rechte Frankreichs auf Reparationen zu verhüten suche. Der Bericht hebt hervor, daß die geliehenen Gelder nützlich angewandt worden seien, solle also damit Deutschland Anerkennung. Dieses Lob werde gerade in dem Augenblick erteilt, in dem Reichsanwalt Brüning beständig daran arbeite, den Versailler Vertrag zu zerstören und die freiwillig unterzeichneten Verpflichtungen des Young-Planes zu verleugnen. Außerdem hebe das Abkommen die Möglichkeit eines allgemeinen Moratoriums hervor. Man könne die Opposition gegen die eventuellen wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionsmaßnahmen gar nicht deutlicher kundtun, die Frankreich zu ergreifen veranlaßt sein könnte.

„Times“ über die bevorstehende Rückzahlung des 50 Millionen-Pfund-Kredits

London, 26. Januar. Die Antikündigung, daß die Bank von England am 1. Februar die Rückzahlung des 50-Millionen-Pfund-Sterling-Kredits vom August vorigen Jahres an die Bank von Frankreich und die New-Yorker Bundes-Reservebank ohne Inanspruchnahme ihrer Goldreserve beenden wird, erfüllt naturgemäß die Londoner Presse mit Befriedigung und Stolz. Die „Times“ sagen: Dies ist die beste Nachricht, die der Geldmarkt seit Monaten hatte. Sie wird aus vielen Gründen begrüßt werden, vornehmlich aber als ein bemerkenswertes Zeichen der Stärke.

Danziger Volksentscheid gescheitert

Danzig, 24. Januar. Der auf Betreiben der Kommunisten eingeleitete Volksentscheid, der die Auflösung des Danziger Volkstages und den Sturz der jetzigen bürgerlichen Rechtsregierung zum Ziele hatte, fand am Sonntag statt. Es wurden insgesamt 77 102 Stimmen abgegeben, davon 75 329 mit Ja. Da zum Erfolg des Volksentscheids 111 284 Stimmen notwendig waren, so ist der Volksentscheid gescheitert.

Der Volksentscheid wurde außer von den Kommunisten noch von den Sozialdemokraten und den Polen unterstützt, während die Nationalsozialisten und sämtliche bürgerlichen Parteien die Parole der Nichtbeteiligung ausgegeben hatten. Die Wahlbeteiligung war überaus schwach und betrug durchschnittlich nur etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten, in mehreren Bezirken sogar nur 15 Prozent. Dank der sehr hohen Ziffern in den vornehmlich kommunistischen Außenbezirken haben jedoch die Parteien des Volksentscheids ihre Stimmziffern auf der Höhe der letzten Volkstagswahl halten können. Die Hoffnung auf einen Zuwachs aus bürgerlichen Kreisen hat jedoch getrogen. Sowohl die Nationalsozialisten als auch die bürgerlichen Parteien sind nach dem Endergebnis geschlossen der Wahlurne ferngeblieben und haben damit der gegenwärtigen bürgerlichen Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen.

Krise in China

Paris, 26. Januar. Der zurückgetretene chinesische Außenminister Eugen Tschang gewährte dem Shanghaier Korrespondenten eines französischen Blattes eine Unterredung. Der Minister erklärte, daß er zurückgetreten sei, weil der frühere chinesische Staatspräsident Tschangkaifsch jeder energischen Widerstand gegen Japan ablehne. Japans Absicht sei offenbar, die Mandchurei zu annektieren und China zu zerstören. Japan verhandle nämlich niemals mit der chinesischen Zentralregierung, sondern immer nur mit den lokalen Behörden. Der zweite Grund zum Rücktritt sei die außerordentlich schlechte Finanzlage Chinas.

Weiter wird aus Shanghai berichtet, daß auch der chinesische Finanzminister dem Beispiel des Ministerpräsidenten und Außenministers gefolgt ist und sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat.

Das chinesische Außenministerium ist vorläufig dem gegenwärtigen Justizminister überantwortet worden.

Schweres Bergwerkunglück in Wales

London, 26. Januar. In einem Bergwerk im Rhonddal in Südwales wurden in der vergangenen Nacht durch eine Explosion vier Bergleute getötet. Von den dreißig im Schacht befindlichen Bergleuten konnten zwanzig gerettet werden. Man befürchtet, daß die bisher nicht geborgenen sechs Bergleute nicht mehr am Leben sind.

London, 26. Januar. Auf dem Bergwerk in Südwales, wo sich, wie gemeldet, eine schwere Katastrophe ereignete, sind weitere sechs Tote geborgen worden. Die Zahl der getöteten Bergleute ist damit auf zehn gestiegen. Der Walliser Tenor John Evans, der sich an den Rettungsarbeiten freiwillig beteiligte, erlitt eine Gasvergiftung, der er erlegen ist.

Die Kommunisten in Berlin

Berlin, 26. Januar. Gelegentlich der gestern abend erfolgten Trauerfeier für den bei dem kürzlichen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in der Laubentzstraße getöteten erschossenen Kommunisten Klemm kam es an mehreren Stellen des Berliner Dittens zu kommunistischen Demonstrationen, denen die Polizei überall erfolgreich entgegentrat.

Gründung einer Kommission zur Sanierung der Kommunalwirtschaft

Warschau, 25. Januar.

Ministerpräsident Pryztor hat eine Kommission zur Bearbeitung von Anträgen zur Gründung der Kommunalwirtschaft begründet. Dieser Kommission gehören an: die Unterstaatssekretäre Stamirowski (Ministerpräsident), Koral (Innenministerium), Finanzminister a. D. Matyszewski, der Direktor der Landeswirtschaftsbank Bajerab, sowie der Departementsdirektor der Geldabteilung im Finanzministerium, Baczniski.

Auflösung

des Kreuzworträtsels: „Wir fordern Ihren Kopf“ aus „Pol. Tageblatt“ Nr. 16 vom 21. Januar 1932:

W a g e r t: 1. Tag, 5. Kurland, 6. Bart, 7. Most, 9. Grus, 11. Opal, 12. Knospen, 13. Erl. S e n t r e c h t: 1. Tort, 2. Gram, 3. Burgund, 4. Knorpel, 6. Bug, 8. Tal, 10. Sole, 11. Opel.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jersch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“.

Teilhhaber

für Posener Firma (Generalvert. einer Weltfirma f. Bestandteile z. Landwirtschaftl. Maschinen). Genau Angaben über vorhand. Vorräte unter 2476 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

und stürzte 20 Meter in die Tiefe, wo er schwer verletzt liegen blieb.

Der Kampf zwischen den Wärtern und den Zuchthäuslern hatte schon 1½ Stunden gedauert, als endlich die Polizei aus den umliegenden Städten zur Verstärkung eintraf. Diese starke Verögerung ist noch nicht aufgeklärt. Allerdings liegt das Zuchthaus mitten in dem riesigen Hochmoor von Dartmoor. Im Umkreis von 18 bis 20 Kilometern gibt es hier keine Stadt und kein Dorf, nur vereinzelte Gehöfte liegen in der Heide. Trotzdem ist es unverstänlich, daß die sofort herbeigerufenen Polizei erst fast 1½ Stunden später eintraf.

Die englische Regierung

London, 26. Januar. Der englische Ministerpräsident Macdonald äußerte sich über die Lage der englischen Regierung einem Pressevertreter gegenüber. Macdonald wies hin auf den Beschluß, daß diejenigen Minister, die mit der Zollvorlage nicht einverstanden sind, gegen diese Vorlage im Parlament auftreten können. Macdonald erklärte hierzu, es handle sich um eine Neuerung, wie sie überhaupt die Zusammenlegung des Kabinetts darstelle. Die Handhabung des Beschlusses erfordere viel Takt. Es sei aber sicher, daß die Minister den Geist des Beschlusses verstanden und alles tun würden, um diese Maßnahme zu einem Erfolg zu gestalten. Das englische Kabinett tritt heute wieder zusammen, um vor allem über die Zolltarife zu beraten.

Ausschluss eines Mitgliedes aus einer Genossenschaft

Für die innere Organisation einer Genossenschaft, die Aufnahme bzw. den Ausschluss von Mitgliedern, sind neben den allgemeinen Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes vom Jahre 1920 vor allen Dingen die statutarischen Vorschriften jeder einzelnen Genossenschaft maßgebend. Die Vorschriften des Statuts bilden gewissermaßen ein spezielles Gesetz, das die Richtlinien für die innere Verwaltung der Genossenschaft aufstellt, und sind geltendes Recht für die Mitglieder, die ihre hierauf gestützten Ansprüche gegebenenfalls im Wege der Verwertung der Genossenschaft ausstellen, und sind geltendes Recht für die Mitglieder, die ihre hierauf gestützten Ansprüche gegebenenfalls im Wege der Verwertung der Genossenschaft ausstellen, und sind geltendes Recht für die Mitglieder, die ihre hierauf gestützten Ansprüche gegebenenfalls im Wege der Verwertung der Genossenschaft ausstellen.

Die Klägerin wurde auf Grund eines Beschlusses des Vorstands und Aufsichtsrats vom 16. August 1926 aus der Genossenschaft ausgeschlossen. Da sie diesen Beschluss nicht anerkannte, stellte sie einen Klageantrag dahingehend, die beklagte Genossenschaft zu verurteilen, daß der gefasste Beschluss wirkungslos und die Klägerin weiterhin Mitglied der Genossenschaft sei.

Der Beschluss der Genossenschaft, der die Ausschließung aussprach, wurde auf § 16, Punkt 3 und 4 des Statuts gestützt, worin die Rede davon war, daß solche Mitglieder ausgeschlossen werden können, die ihre der Genossenschaft gegenüber auf Grund des Statuts oder eines Beschlusses der Organe übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen oder der Genossenschaft durch Wort und Tat Schaden zufügen. Die in dieser Richtung von der beklagten Genossenschaft geführten Beweise schlugen fehl. Insbesondere konnte die Genossenschaft weder nachweisen, daß die Klägerin ihre Pflichten irgendwie verletzt hätte, noch daß sie ihr irgendwie durch Wort oder Tat Schaden zugefügt hätte im Sinne der angezogenen Bestimmungen des Statuts. Ein Zeuge, der die Behauptung der Beklagten bekräftigen sollte, daß die Klägerin sich in den Räumlichkeiten der Genossenschaft schlecht benommen hätte, bezeugte nur, daß die Klägerin dem Leiter der Genossenschaft nicht die Hand gereicht habe. Ein solches Verhalten könne jedoch nicht als tätliche oder wörtliche Schädigung aufgefaßt werden. Demgegenüber sah das Gericht erster Instanz das Klagebegehren der Klägerin als begründet an, was es im Tenor des Urteils zum Ausdruck brachte.

Das Appellationsgericht bemerkte auf die Berufung der beklagten Genossenschaft hin folgendes: Gegenstand der gerichtlichen Verhandlung war die Entscheidung der Frage, ob der von der Genossenschaft gefasste Beschluss, auf Grund dessen die Klägerin ausgeschlossen wurde, zu Recht besteht oder nicht. Dies war in formeller wie in materieller Hinsicht nachzuprüfen unter Heranziehung der näheren Bestimmungen des Statuts. Die betreffenden Vorschriften des Statuts bestimmen in formeller Hinsicht, daß ein Mitglied auf Grund gemeinsamer Beschlüsse der Organe ausgeschlossen werden kann. Von maßgeblicher Vorschrift in materieller Hinsicht aber waren im vorliegenden Falle die Bestimmungen des § 11 des Statuts, wonach ein Mitgliedsanteil 500 Zloty beträgt, auf den mindestens 10 Zloty jährlich einzuzahlen sind.

Da der Ausschluss der Klägerin aus der beklagten Genossenschaft auf Grund gemeinsamer Beschlüsse des Vorstands und Aufsichtsrats erfolgte, wird in formeller Hinsicht festgestellt, daß der Ausschluss zu Recht besteht.

Aber auch in materieller Hinsicht steht das Berufungsgericht die Beschlüsse nicht als fehlerhaft an. Unwiderprochen bleibt von Seiten der Klägerin die Behauptung der Beklagten, daß die Klägerin auf ihren Anteil nur einmal im Jahre 1912 die Summe von 12 Mark eingezahlt habe. Da nach § 11 des Statuts ein Anteil 500 Zloty beträgt und jedes Mitglied die Pflicht hat, mindestens 10 Zloty jährlich einzuzahlen, so hat die

Umsatzsteuer und Buchführung

Die Buchführungspflicht nach dem neuen Gewerbesteuergesetz

Gemäß § 38 des Handelsgesetzbuches ist „jeder Kaufmann verpflichtet, Bücher zu führen und in diesen seine Handelsgeschäfte und die Lage seines Vermögens nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung ersichtlich zu machen. Er ist verpflichtet, eine Abschrift (Kopie oder Abdruck) der abgesandten Handelsbriefe zurückzubehalten und diese Abschriften sowie die empfangenen Handelsbriefe geordnet aufzubewahren.“ Ein Verstoß gegen diese Bestimmung hat im Falle der Zahlungseinstellung oder des Konkurses strafrechtliche Folgen (§§ 239, 240 und 244 der Konkursordnung). Die Bestimmung des Handelsgesetzbuches über die Pflicht, ordnungsmässige Handelsbücher zu führen, wurde in der Vorkriegszeit allgemein weit weniger beachtet als heute. Früher wurde die Führung von Büchern, zumal von kleineren Kaufleuten und Gewerbetreibenden als lästige Pflicht bzw. als Zeitverschwendung und Luxus aufgefaßt, der nur für Großbetriebe rentabel sei, die sich einen Buchhalter leisten können. Diese Auffassung hat sich in den letzten Jahren sehr wesentlich geändert; und heute erweist sich die Buchführung auch in kleineren kaufmännischen und gewerblichen Betrieben einer grossen Wertschätzung und einer zunehmenden Verbreitung. Diese Tatsache ist eine Folge der Steuergesetzgebung der letzten Jahre; die Umsatzsteuer, die ohnehin eine schwere Belastung für Industrie und Handel bedeutet, wurde für diejenigen Kaufleute, die sich nicht mit Hilfe einer ordnungsmässigen Buchführung gegen eine willkürliche Einschätzung ihres Umsatzes schützen konnten, zu einer unerträglichen Last. Ausserdem ist gerade in den letzten Jahren deutlich die Tendenz der Steuerbehörden erkennbar, die Steuerzahler durch absichtlich höhere Veranlagungen als in der Zeit der günstigen Konjunktur zu zwingen, Bücher zu führen, um dadurch dem Fiskus das kostspielige Einschätzungsverfahren zu ersparen.

Die Buchführung erlangt neuerdings seit dem Inkrafttreten der Novelle zum Gewerbesteuergesetz (Dz. Ust. Nr. 112, 1931, Pos. 381) eine ganz besonders grosse Bedeutung für die Bemessung der Umsatzsteuer, weil die

Ermässigung der Umsatzsteuer von der Führung von Büchern abhängig gemacht werden.

Nach dem alten Gewerbesteuergesetz vom 15. Juli 1925 wurde bereits der ermässigte Steuersatz für den Grosshandel nur bei Unternehmen angewandt, die Bücher führten. Seit dem 1. Januar 1932 ist die Führung von Büchern Vorbedingung für die Anerkennung einer ganzen Reihe bereits bisher geltender oder neuer Steuererleichterungen. Die Erleichterungen, deren Zubilligung von der Führung von Büchern abhängig ist, sind folgende:

1. Export von Kohle, Halbfabrikaten und Fertigwaren. Die Ausfuhr von Kohle, Halbfabrikaten und Fertigwaren sowie Transaktionen mit ausländischen Firmen, die sich aus dem Veredelungsverkehr ergeben (Art. 3, Punkt 15) ist umsatzsteuerfrei, wenn die betreffenden Umsätze durch ordnungsmässige Handelsbücher nachgewiesen werden.
2. Börsengeschäfte mit Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten sind umsatzsteuerfrei, wenn diese durch Handelsbücher nachgewiesen werden.
3. Kommissionshandel muss durch Bücher nachgewiesen werden; der Steuersatz für Kommissionshandel beträgt 4 Prozent der Provision, wenn keine Bücher geführt werden, wird der Gesamtsatz mit 2 Prozent versteuert.
4. Transportspesen und Transportversicherung, die der Verkäufer einer Ware für

den Erwerber trägt, Warenrückgabe, Bonifikationen, Skonto- und Prolongationszinsen bei Kreditgeschäften werden nicht versteuert, wenn sie durch ordnungsmässige Handelsbücher nachgewiesen werden.

5. Ermässigte Steuersätze für verschiedene Unternehmen (vgl. hierzu den Aufsatz im „Pos. Tageblatt“ Nr. 4 vom 4. Januar, Beilage: Recht und Steuern) kommen nur für Unternehmen in Anwendung, die ordnungsmässige Handelsbücher führen. Hierunter fallen:

- a) Grosshandel und Aufkaufunternehmen I., II. und III. Kategorie. (Aufkaufunternehmen IV. Kategorie [Umsatz bis 20 000 Zl.] sind nicht verpflichtet, Bücher zu führen und geniessen trotzdem den ermässigten Steuersatz).
- b) Buchverlage für im Inland gedruckte Bücher, ermässigt Steuersatz 1/2%.
- c) Kleinhandel, ermässigt Steuersatz 1/2%.
- d) Bankgeschäfte für alle Umsätze, mit Ausnahme der Bruttogewinne aus Geschäften mit fremden Valuten, Devisen, ausländischen Schecks und Wertpapieren jeglicher Art, ermässigt Steuersatz 1%.
- e) Bauunternehmen und Unternehmen für Ausführung von Arbeiten zahlen für die beim Bau von Wohnhäusern getätigten Umsätze 1%, sonst 2% Umsatzsteuer.
- f) Handelmühlen, ermässigt Steuersatz 1%.

Wenn die betreffenden Unternehmen nicht ordnungsmässige Handelsbücher führen, gelten für sie nicht die ermässigten Sätze, sondern sie zahlen in jedem Falle 2 Prozent Umsatzsteuer.

Für folgende Unternehmen gelten ermässigte Steuersätze, ohne dass dieselben verpflichtet sind, Bücher zu führen:

- a) Handel mit Lebensmitteln des ersten Bedarfs, Steuersatz 1 Prozent; dieser ermässigte Steuersatz gilt für Handelsunternehmen und für Handwerksbetriebe, jedoch nicht für die übrigen gewerblichen Unternehmen, die Lebensmittel des ersten Bedarfs herstellen oder verarbeiten;
- b) Aufkaufunternehmen IV. Kategorie (siehe oben), Steuersatz 1/2%;
- c) Handwerksunternehmen, mit Ausnahme derjenigen, die Lebensmittel des ersten Bedarfs erzeugen, Steuersatz 1 1/2%;
- d) Gewerbliche Unternehmen, die Waren an andere gewerbliche Unternehmen zur weiteren Verarbeitung verkaufen, Steuersatz 1%.

Nach den bisherigen Auslegungen der obersten Gerichtsinstanzen galt als

„ordnungsmässige“ Buchführung

und ausreichendes Beweismaterial für eine Steueranmeldung jede einfache und doppelte Buchführung, die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches geführt ist. Das Handelsgesetzbuch enthält jedoch sehr wenig Einzelbestimmungen und Vorschriften über die Bestimmung des Begriffs „ordnungsmässige“ Buchführung und verweist im allgemeinen auf die Handelsbräuche. Laut Art. 20 der Novelle zum Gewerbesteuergesetz wird der Finanzminister ermächtigt, nach Anhören des Gutachtens der Handelskammer im Wege einer Verordnung den Begriff „ordnungsmässige“ Buchführung im Sinne des Gewerbesteuergesetzes durch Einzelvorschriften näher zu erklären. Ferner wird der Finanzminister ermächtigt, Vorschriften über eine vereinfachte Buchführungsform für kleinere Unternehmen zu erlassen. Die Veröffentlichung dieser wichtigen Verordnung ist frühestens im Juni dieses Jahres zu erwarten.

Klägerin durch die Nichtzahlung ihre Pflicht im Sinne des schon erwähnten § 16 des Statuts verletzt, was schon einen Ausschlussbeschluss begründet.

Hiergegen wendete die Klägerin ein, daß diese betr. Bestimmung des Statuts, die erst später im Wege eines Beschlusses der Generalversammlung eingefügt war, ihr nicht bekannt gewesen sei und daß ebenso wie sie noch andere Mitglieder mit ihren Zahlungen im Rückstand gewesen seien, die aber nicht wie sie, ausgeschlossen worden seien. Ausserdem sei sie nie gemacht worden.

Diese Ausführungen der Klägerin sieht das Berufungsgericht nicht als überzeugend an, da es an ihr lag, sich über etwaige Beschlüsse der Genossenschaft zu informieren; ausserdem war ihr nie die Möglichkeit genommen worden, sich bei dem Vorstand oder Aufsichtsrat Auskunft zu holen. Was die Mahnung des Vorstandes oder Aufsichtsrats anbelangt, so findet sich in den Statuten keine Bestimmung darüber, daß die Organe ein im Zahlungsrückstand befindliches

Mitglied erst zu mahnen hätten, ehe sie einen Ausschlussbeschluss fassen könnten. Der Umstand endlich, daß die Genossenschaft wegen Zahlungsrückständen nicht auch andere Mitglieder ausgeschlossen habe, sondern nur die Klägerin, kann nicht überzeugen, da im vorliegenden Falle nur das Vorgehen der Genossenschaft gegenüber der Klägerin zu untersuchen ist und nicht das Verhalten gegenüber anderen Mitgliedern.

Wie sich ferner aus den Beweiserhebungen ergab, hatte die Klägerin der Genossenschaft dadurch Schaden im Sinne des § 16 des Statuts zugefügt, daß sie im „Dziennik Bydgoski“ einen Artikel veröffentlichte, worin sie Tatsachen angab, die geeignet waren, den Kredit der Genossenschaft bei einer Bank zu schädigen.

Aus diesen Gründen hob das Appellationsgericht das Urteil erster Instanz auf, wies die Klägerin mit ihrem Klageanspruch, den Ausschluss aus der Genossenschaft für ungültig zu erklären, ab und entschied im Sinne des Klageantrags der beklagten Genossenschaft.

Steuer-Rundschau

Steueralender für Februar 1932

7. Februar: Bezahlung der Einkommensteuer von Dienstbezüglern für die Dezembergehälter; die Einkommensteuer von Dienstbezüglern muß innerhalb von 7 Tagen nach erfolgter Auszahlung des Gehaltes oder Lohnes bei der Steuerkasse bezahlt werden. Wenn das Dezembergehalt im Januar ausgezahlt wurde, muß bereits der Kräftenzuschlag bezahlt werden.

10. Februar: Bezahlung der Verzinsungsbeiträge für Geistesarbeiter an den Zaklad ubezpieczeń Pracowników Umysłowych w Poznaniu, ul. Dabrowskiego 12 — P. R. D. Nr. 200 390 — nebst gleichzeitiger Einreichung des „Alfabetyczny normalny wykaz miesieczny“ auf Formular Nr. 2 und bei etwaigen Veränderungen der Personalien der Angestellten, der Höhe der Gehälter usw. — des Formulars Nr. 3 „Zgłoszenie zmian“, oder bei Neuanstellung von Geistesarbeitern — des Formulars Nr. 1. „Zgłoszenie do ubezpieczenia nowopracujacego pracownika“.

15. Februar: Bezahlung der Umsatzsteuer für den Monat Januar durch Handelsunternehmen 1. und 2. Kategorie und gewerbliche Unternehmen 1. bis 5. Kategorie, sofern diese Unternehmen ordnungsmässige Handelsbücher führen.

15. Februar: Letzter Termin zur Abgabe der Umsatzsteuererklärungen für das Jahr 1931. Zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung sind verpflichtet: 1. Handelsunternehmen I. und II. Kat., 2. gewerbliche Unternehmen I.—V. Kat., 3. gewerbliche Beschäftigten Kat. I. u. II. a. u. II. b., 4. alle freien Berufe. Die Umsatzsteuererklärung muß schriftlich unter Benutzung des amtlichen Formulars und zweifach per Einschreibebrief oder Empfangsbekundigung beim Steueramt (Urząd Skarbowy) eingereicht werden.

20. Februar: Bezahlung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung der physischen Arbeiter durch Ueberweisung auf das Postkontokonto des Zarząd Głównego Funduszu Bezrobocia w Warszawie P. R. D. Nr. 9600; gleichzeitig muß eine entsprechende Benachrichtigung („Zawiadomienie“) an den Zarząd Obwodowego Funduszu Bezrobocia w Poznaniu, ul. P. Czarneckiego, erfolgen.

28. Februar: Letzter Tag für die Bezahlung der Umsatzsteuer für Handelsunternehmen 1. bis 2. Kategorie und gewerbliche Unternehmen 1. bis 5. Kategorie unter Ausnutzung der 14tägigen jussfreien Karenzzeit.

28. Februar: Bezahlung der Mietssteuer (podatek od lokali) für das 1. Quartal 1932 laut Veranlagungsbescheid (Rozkaz platniczy) des Magistrats. Die Steuer beträgt nach dem Gesetz vom 17. Dezember 1931 für Eins-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen 8 Prozent und für Wohnungen, die aus vier oder mehr Zimmern bestehen, 12 Prozent der Miete des Vorjahres (1931). Gegen die Veranlagung kann innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung des Rozkazu platnicznego Berufung an die Izba Skarbowa eingelegt werden.

28. Februar: Bezahlung der Gebäudesteuer (podatek od nieruchomości) für das letzte Quartal des vorigen Jahres laut Veranlagungsbescheid (Rozkaz platniczy).

28. Februar: Letzter Termin für die Lösung der Gewerbesteuer für 1932 für bisher gewerbesteuerfreie Erwerbszweige (vgl. hierzu die Notiz in der letzten Beilage Recht und Steuern „Posener Tagbl.“ Nr. 15 vom 20. Januar 1932).

Befrieden. Ferner sind alle Rückstände, die gestundet oder aber auf Raten verteilt wurden und deren Fälligkeitstermin im Monat Februar 1932 liegt, sowie alle Steuern, für die der Steuerpflichtige eine Aufforderung für den Monat Februar 1932 erhalten hat, zu bezahlen.

Errichtung einer Krankentassen-Apothete in Lissa

Ein Experiment mit ungewissem Ausgang

L. Lissa, 25. Januar. Am vergangenen Sonnabend wurde im Gebäude der hiesigen Krankentasse eine Kinderpielschule sowie die Krankentassenapotheke eröffnet und eingeweiht. Zu dem doppelten Festakt waren Vertreter des Verbands der Krankentassen, der Krankentassenverbandes, Vertreter der Gesundheitsabteilung der Wojewodschaft sowie die Spitzen der hiesigen Behörden erschienen. Den Einweihungsakt vollzog Propst Frankiewicz-Den. Hierauf begaben sich die Erschienenen in die Mütterberatungsstelle, wo vom Kommissar der Krankentasse, Herr Dr. Bielecki, und von anderen Herren Reden gehalten wurden, die den Sinn und Zweck der Errichtung der zwei Institute erläuterten sollten. Teilweise waren diese „Erläuterungen“ nicht besonders überzeugend und konnten verschiedene Zweifel und Bedenken nicht beseitigen. Was die Errichtung der Pielschule betrifft — da gibt's wohl keine andere Meinung — so kann man diese nur begrüßen. Um so mehr, als sie ja ausschließlich den Kindern unserer Arbeitslosen dienen soll. Anders muss man jedoch der Errichtung der Krankentassenapotheke gegenüberstehen. Es ist nämlich eine große Frage, ob ihre Errichtung unter den gegebenen Umständen (die bisherigen Lieferungen der Privatapotheken an die hiesigen Krankentassen betragen ungefähr 6000 Zloty monatlich) erforderlich war. Im allgemeinen hat man mit Krankentassenapotheken recht trübe Erfahrungen gemacht. Man braucht nur an das Schicksal der Krankentassenapotheke

in Posen zu denken, die trotz ihrer grossen Mitgliederzahl sich nicht lebensfähig erhalten konnte und mit einem Millionendefizit liquidiert werden mußte.

Aber auch von einem anderen Standpunkt aus gesehen muß man der Errichtung von Krankentassenapotheken ablehnend gegenüberstehen. Sie untergraben den Bestand der Privatapotheken und schaffen zugleich für den Staat einen bedeutenden Steuerverlust. (Der Steuerzahler zahlt nur die Privatapotheken, während die Krankentasse ausser Steuerfreiheit noch verschiedene andere Vergünstigungen genießt, die den Staatsfiskus belasten.) 70 Prozent der Lissauer Bevölkerung sind Krankentassenmitglieder, und auch der Laie wird sich also ein Bild machen können, wie sich der bedeutende Umsatzzugang bei den Privatapotheken lähmend auf ihre Steuerkraft auswirken muß.

Schließlich muß man auch bedenken, daß es fremde Gelder sind, die in der Krankentasse verwaltet werden. Die für viele oft schwer zu tragenden Zahlungen sind nicht dazu da, um

Experimente mit ungewissem Ausgang vorzuführen. Die Verwaltung der Kasse muß sich der Verantwortung bewußt sein, die sie mit diesem Schritt auf sich genommen hat. Unsere Krankentasse war bis jetzt gewinnbringend und verfügt über einen ansehnlichen Reservefonds. Durch die Errichtung der Krankentassenapotheke

ist die erste Bresche geschlagen worden. — Der Allpolnische Pharmazeutische Verband hat sich am 31. Dezember 1931 mit einer Denkschrift an das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge gewandt und gegen die Errichtung von Krankentassenapotheken in Lissa, Sároba und Komja protestiert. Dieser Protest hat jedoch bisher keinen Erfolg gehabt. Die Errichtung der Lissauer Krankentassenapotheke ist zur Tatsache geworden. Uns bleibt nur die Hoffnung, daß sie nicht mit demselben flüchtigen Fiasco endet wie die Posener.

Mischen

& Gemeindeabend. Am Sonntag, dem 24. Januar fand im großen Saale der Jost-Stredersanaltalen ein evangelischer Gemeindeabend statt, der einen grossen Teil der deutschen von Mischen und Umgebung vereinigte. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Gemeindeabend hatte ein reichhaltiges Programm. Mit dem Liede „Die Himmel rühmen“ wurde er eingeleitet. Dann folgten einige Reigen, Kanons, das Lied: „Wenn Gott will rechte Günst' erweisen“ und der überaus lustige Schwank: „Familie Hanemann“. Lieder und Reigen wurden aufgeführt und auch bei dem Theaterstücke leisteten alle Mitspieler ihr Bestes. Für die Zuschauer war es eine Erholung, in der traurigen Zeit die Sorgen zu vergeßen und sich ordentlich lachen zu lassen. Sie spendeten den Spielern auch reichen Beifall. Ganz besonderer Dank gebührt dem Veranstalter dieses schönen Abends, Herrn Pfarrer Scholz, der neben seiner grossen Arbeit als Pfarrer zweier Kirchspiele und Anstaltsleiter noch so viel Zeit erübrigte, um die Gefänge,

Reigen und das Theaterstück einzulüben. Der Abend bildete für die hiesige deutsche Bevölkerung eine angenehme Abwechslung in der öden Winterzeit. Nach der Vorstellung folgte ein Tanzvergnügen in der Gastwirtschaft Jeran, das besonders die Jugend zu ihrem Rechte kommen ließ.

& Baumfreud. Auf der Chaussee Plejzems-Brzeje wurde vor einem Jahre eine neue Kirchengasse angepflanzt. Die noch jungen und schwachen Bäumchen erhielten kräftige Stützen. In der letzten Woche wurden nun mehr als die Hälfte dieser Bäumchen ihrer Stützen beraubt. Gemeinnützige Diebe haben sie abgehackt oder abgehackt und als Brennmaterial verwendet. Bis zum Frühling werden wohl wenige Bäumchen ihre Stützen behalten, denn beinahe jede Nacht verschwinden einige. Die Frevler sollten streng bestraft werden.

Filehne

ss. Evangelisation. In der Woche vom 17. bis 24. Januar fand in unserer Gemeinde eine Volks-Missionswoche statt. Herr Pfarrer Leszczynski wurde vom Konviktorium zu diesem Zwecke ausgeschieden und nach hier gesandt. Die Teilnahme am ersten Tage war schwach; aber schon an jedem folgenden Abend stieg die Zahl der Besucher, so daß der Gemeindefaßsaal schließlich bis auf den letzten Platz besetzt war. Den Abschluß dieser Veranstaltung bildete eine Abendmahlsfeier. Diese kirchlichen Veranstaltungen sollten noch viel mehr gepflegt werden und sich in jedem Jahre in jeder einzelnen Gemeinde wiederholen. Wir haben es gemerkt, daß Erfolg und Segen auch in unserer Gemeinde nicht ausgeblieben sind.

Wie Polens Landwirtschaft geholfen werden soll

Die Zentralgesellschaft der landwirtschaftlichen Organisationen und Zirkel in der die gesamte Landwirtschaft des ehemals russischen Teilgebietes organisiert ist, hat zu der Absicht der Regierung eine Hilfsaktion für die Landwirtschaft durchzuführen, wie folgt Stellung genommen:

Die gegenwärtige Verschuldung der polnischen Landwirtschaft wird auf einen Betrag von 4 Milliarden Złoty geschätzt. Die durchschnittliche Kreditverschuldung für einen Hektar Anbaufläche ohne Wald beläuft sich auf etwa 160 Złoty, mit Wald auf 114 Złoty. Selbst unter Berücksichtigung der gegenwärtigen niedrigen Landpreise beträgt die Verschuldung also nur etwa ein Viertel des schätzungsweise Wertes der landwirtschaftlichen Anbaufläche. In vielen anderen Ländern ist die Verschuldung verhältnismäßig grösser. In Deutschland beläuft sie sich auf einen achtmal so hohen Betrag pro Hektar wie in Polen und in Ungarn auf einen doppelt so hohen Betrag pro Hektar. Der Landwirtschaftsminister hat in seiner Rede vor der Landwirtschaftskommission des Sejm erklärt, dass der schlechte Stand der Landwirtschaft in Polen gegenwärtig nicht das Ergebnis einer Kreditüberlastung, auch nicht einer übermässigen Belastung mit öffentlichen-rechtlichen Abgaben ist, sondern durch den enormen Wertsturz der Einnahmen der Landwirtschaft infolge der übermässig niedrigen Preise verursacht wurde. Eine Vergrößerung der Einnahmen der Landwirtschaft ist mit dem Augenblick einer umfangreichen Verbesserung der Preise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Artikel zu erwarten.

In den Regierungsprojekten, die im Einverständnis mit den landwirtschaftlichen Organisationen aufgestellt wurden, befindet sich auch ein „Durchhalteplan“ für die Landwirtschaft. Die Auffassung über die finanzielle Lage der Landwirtschaft hat die leitenden Kreise veranlasst, aus dem Arbeitsprogramm alle Projekte auszuschliessen, die Verpflichtungen der Landwirtschaft streichen, ebenso wie alle Moratoriumsprojekte und auch ein allgemeiner Aufschub der Rückzahlung landwirtschaftlicher Schulden abgelehnt wurde. Die Streichung irgendwelcher Summen, die von der Landwirtschaft geschuldet werden, könnte ausschliesslich auf Kosten des Staatsschatzes erfolgen. Denn ein Moratorium dürfte nicht nur den landwirtschaftlichen Produzenten erteilt werden, sondern gleichzeitig denjenigen Institutionen erteilt werden, bei denen die Landwirtschaft verschuldet ist, denn auch diese Institutionen haben ihre Verpflichtungen aus demselben Grunde nicht nachkommen können. Das Moratorium müsste also auch für die landwirtschaftlichen Kreditgesellschaften, die Genossenschafts- und Kommunalbanken, die Staats- und Privatbanken gelten. Wollte man alle diese Institutionen der sich aus einem Moratorium ergebenden Vorteile berauben, ein solches Moratorium aber der Landwirtschaft gewähren, so würde das den ganzen Apparat, der die landwirtschaftliche Produktion finanziert, mit dem Ruin bedrohen. Das würde sich wiederum früher oder später nachteilig in erster Linie für die Landwirtschaft auswirken müssen. Wenn man aber auch allen Stellen des Finanzapparates das Moratorium erteilen wollte, so wäre das gleichbedeutend mit dem Einriessen des ganzen Kapitals, das gegenwärtig in der Landwirtschaft umgesetzt wird, ferner mit der Untergrabung des Vertrauens des Inlands- und Auslandskapitals zu solchen Bankunternehmen, die die Landwirtschaft finanzieren. Alle Pläne eines allgemeinen Moratoriums für die polnische Landwirtschaft müssten deshalb als unzweckmässig abgelehnt werden.

Das Durchhalteprogramm für die Landwirtschaft muss so kombiniert werden, dass nicht nur die landwirtschaftlichen Werkstätten vor dem Verlust der unerlässlichen Produktionsmittel geschützt werden und gleichzeitig der Unterhalt der Eigentümerfamilien gesichert ist, sondern sie auch in möglichst hohem Masse die positiven Vorbedingungen für eine Entwicklung des landwirtschaftlichen Kredites wahren. Dieser Grundsatz ist auch von den landwirtschaftlichen Organisationen als richtig anerkannt worden. Die Hauptpunkte des Durchhalteprogramms sind also folgende:

1. Von der Zwangseintreibung für Schulden bei den Landwirten dürfen nicht solche Produktionsmittel betroffen werden, die für den Unterhalt der Landwirtschaft notwendig sind, ebenso nicht die für den Unterhalt des Inhabers und seiner Familie notwendigen Unterhaltsmittel.
2. Die Bezahlung der dringenden Schulden der grösseren Landwirtschaften soll durch eine teilweise Parzellierung erfolgen, und um diese Parzellierung zu erleichtern, ist eine gewisse Lockerung des Gesetzes über die Einschränkung des Landbesitzes notwendig.
3. Für die Zeit bis zur Regulierung oder ratenweisen Verteilung der Schulden der einzelnen Landwirtschaften müssen die Eigentümer die Möglichkeit haben, sich um einen gerichtlichen Aufschub der Zahlungen auf dem Wege der Gerichtsaufsicht zu bemühen.
4. In diesem Abschnitt muss der Schuldner die Möglichkeit haben, Anträge auf eine Verteilung des Zahlungstermins für kurzfristige Kredite vorzulegen und sich eventuell mit dem Gläubiger zu einigen.
5. Regulierung der Rückstände aus Steuern und Versicherungsgebühren durch Gewährung von Zahlungs- und Tilgungserleichterungen.
6. Die Gläubigerinstitutionen, also Kreditgesellschaften, Staats- und Privatbanken, Versicherungsinstitutionen usw., sollen weiterhin wie bisher von sich aus Erleichterungen bei der Bezahlung landwirtschaftlicher Verpflichtungen gewähren.

Bisher sind die unter Punkt 1, 5 und 6 erwähnten Fragen bereits teilweise erledigt worden. An ihrer Vervollständigung und einem weiteren Schutz der landwirtschaftlichen Arbeitswerkstätten arbeiten gegenwärtig Kommissionen im Justizministerium, Finanzministerium, Landwirtschaftsministerium und den landwirtschaftlichen Organisationen.

Von den Aktiengesellschaften

Der Bilanzgewinn der Bank Polski im Jahre 1931

Der Bruttogewinn der Bank Polski betrug im Jahre 1931 77,5 Mill. Złoty, d. h. 6,4 Mill. Złoty mehr als im Vorjahre. Der Reingewinn ist in der Bilanz mit 24 Mill. Złoty veranschlagt, was dem Reingewinn des Jahres 1930 um 1,7 Mill. Złoty mehr entspricht. Der geringe Reingewinn wird mit der Bildung einer besonderen Reserve in Höhe von 15 Mill. Złoty zur Deckung von Kursverlusten begründet.

Im allgemeinen wird das Geschäftsergebnis der Bank Polski als günstig bezeichnet, indem darauf hingewiesen wird, dass die polnische Emissionsbank nicht nur ohne grössere Schwierigkeiten die Kursverluste im abgelaufenen Geschäftsjahr habe decken können, sondern auch, wie aus der vorliegenden Meldung hervorgeht, Vorsichtsmassregeln für die Zukunft habe treffen können.

Argentinische Röhrenbestellungen bei der Bismarckhütte

Die Bismarckhütte konnte in den letzten Tagen endlich einen argentinischen Auftrag auf 4000 t Bohrerohre, um dessen Uebernahme schon seit längerer Zeit verhandelt wird, hereinnehmen. Die Ausführung des Auftrages dürfte etwa 8 Monate dauern, so dass wenigstens das Röhrenwerk in Betrieb erhalten werden kann.

Brown Boveri wieder in Betrieb

Die Polnische Brown-Boveri A.-G., deren Warenbestände und Aussenstände auf Grund staatlicher Steuerbefreiungen seit längerer Zeit beschlagnahmt waren und deren Fabriken in Zychlin und Teschen seit einem halben Jahre stillliegen, ist jetzt zu einer vollständigen Wiederaufnahme der Produktion gelangt. Der Staat hat sich zu einem für das Unternehmen annehmbaren Kompromiss in der Steuerfrage und zum Verkauf des Grundstücks, auf dem die Teschener Fabrik steht, an das Unternehmen bereitgestellt, das sich seinerseits verpflichtet hat, die Teschener Fabrik wieder in Betrieb zu nehmen. Dies geschah im Februar stattfindende Generalversammlung der Polnischen Brown-Boveri A.-G. wird darüber entschieden, ob die Teschener Fabrik unter der alten Firma oder unter der der zu 100 Prozent Brown-Boveri gehörenden Krakauer Motorenhandelsfirma Sokolniczki & Wisniewski fortgeführt werden soll. In der auf die Serienfabrikation von Drehstrommotoren bis zu 10 PS eingerichteten Teschener Fabrik wird zunächst wieder nur diese Motoren, später aber auch Transformatoren produziert werden. Die Brown-Boveri A.-G. verspricht sich von den neuen polnischen Rahmen gewährten Kontingente einen verstärkten Schutz und neue Absatzmöglichkeiten in Polen.

Die auf die Produktion grosser Maschinen und die Ausführung von Spezialaufträgen eingestellte grössere Kraftwerk einstellenden an den Zychliner Magistrat längerer Zeit verhandelt die Warschauer Lokomotivfabrik Brown-Boveri A.-G. über den Ankauf der Zychliner Fabrik, doch ist es noch sehr zweifelhaft, ob diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen werden.

Die polnischen Skoda-Werke haben den Bau von Elektromotoren letzthin völlig eingestellt und beschäftigen sich zur Zeit mit der Montage von Kraftwagen und dem Bau von Flugzeugmotoren.

Generalversammlungen

29. 1. „Browar Krotoszyński“, S.A. in Krotoschin, ul. Słódowa 15. Ordentl. G.-V. 3 Uhr, in den Räumen der Firma.
3. 2. „Stocznia Gdynia“, S.A. in Gdingen. Ordentl. G.-V. 13 Uhr, im Büro der Firma.
4. 2. „Bank Spółdzielczy Związku Towarzystw Kupieckich na Pomorzu“ in Graudenz. Ordentl. G.-V. 3 Uhr, im Hotel „Pod złotym Lwem“, ul. 3 Maja 16-12.

drohen. Das würde sich wiederum früher oder später nachteilig in erster Linie für die Landwirtschaft auswirken müssen. Wenn man aber auch allen Stellen des Finanzapparates das Moratorium erteilen wollte, so wäre das gleichbedeutend mit dem Einriessen des ganzen Kapitals, das gegenwärtig in der Landwirtschaft umgesetzt wird, ferner mit der Untergrabung des Vertrauens des Inlands- und Auslandskapitals zu solchen Bankunternehmen, die die Landwirtschaft finanzieren. Alle Pläne eines allgemeinen Moratoriums für die polnische Landwirtschaft müssten deshalb als unzweckmässig abgelehnt werden.

Das Durchhalteprogramm für die Landwirtschaft muss so kombiniert werden, dass nicht nur die landwirtschaftlichen Werkstätten vor dem Verlust der unerlässlichen Produktionsmittel geschützt werden und gleichzeitig der Unterhalt der Eigentümerfamilien gesichert ist, sondern sie auch in möglichst hohem Masse die positiven Vorbedingungen für eine Entwicklung des landwirtschaftlichen Kredites wahren. Dieser Grundsatz ist auch von den landwirtschaftlichen Organisationen als richtig anerkannt worden. Die Hauptpunkte des Durchhalteprogramms sind also folgende:

1. Von der Zwangseintreibung für Schulden bei den Landwirten dürfen nicht solche Produktionsmittel betroffen werden, die für den Unterhalt der Landwirtschaft notwendig sind, ebenso nicht die für den Unterhalt des Inhabers und seiner Familie notwendigen Unterhaltsmittel.
2. Die Bezahlung der dringenden Schulden der grösseren Landwirtschaften soll durch eine teilweise Parzellierung erfolgen, und um diese Parzellierung zu erleichtern, ist eine gewisse Lockerung des Gesetzes über die Einschränkung des Landbesitzes notwendig.
3. Für die Zeit bis zur Regulierung oder ratenweisen Verteilung der Schulden der einzelnen Landwirtschaften müssen die Eigentümer die Möglichkeit haben, sich um einen gerichtlichen Aufschub der Zahlungen auf dem Wege der Gerichtsaufsicht zu bemühen.
4. In diesem Abschnitt muss der Schuldner die Möglichkeit haben, Anträge auf eine Verteilung des Zahlungstermins für kurzfristige Kredite vorzulegen und sich eventuell mit dem Gläubiger zu einigen.
5. Regulierung der Rückstände aus Steuern und Versicherungsgebühren durch Gewährung von Zahlungs- und Tilgungserleichterungen.
6. Die Gläubigerinstitutionen, also Kreditgesellschaften, Staats- und Privatbanken, Versicherungsinstitutionen usw., sollen weiterhin wie bisher von sich aus Erleichterungen bei der Bezahlung landwirtschaftlicher Verpflichtungen gewähren.

Bisher sind die unter Punkt 1, 5 und 6 erwähnten Fragen bereits teilweise erledigt worden. An ihrer Vervollständigung und einem weiteren Schutz der landwirtschaftlichen Arbeitswerkstätten arbeiten gegenwärtig Kommissionen im Justizministerium, Finanzministerium, Landwirtschaftsministerium und den landwirtschaftlichen Organisationen.

Ausfuhrprämien für Bacons und Schinken erhöht

Durch eine soeben veröffentlichte Verordnung ist gemäss den Wünschen der Exporteure die Ausfuhrprämie für Bacons sowie für gepökelten, geräucherten oder auf andere Art konservierten Schinken auf 25 Złoty pro 100 kg erhöht worden. Die Erhöhung tritt sofort in Kraft, gilt aber einseitig nur für einen Zeitraum von 3 Monaten, d. h. bis zum 30. April d. Js. Es erscheint allerdings fraglich, ob die Erhöhung ausreicht ist, um die Verluste bei der Baconausfuhr wettzumachen.

Kleine Meldungen

Die Massnahmen gegen die Danziger Einfuhr

Als aus Danziger Veredelungsverkehr hervorgeragene Waren, deren Einfuhr aus Danzig nach Polen einer strengen Kontrolle unterliegt, werden polnischen Pressenotizen zufolge folgende Warengruppen angesehen: 1. Fertige und halbierete Metallarmaturen, 2. Schmuck- und Bernsteinwaren, 3. Zucker, Syrup, Melasse und zuckerhaltige Erzeugnisse, 4. Damen- und Herren-Pelze, Pelzmützen und Hüte, 5. Maschinen und Teile aller Art, 6. Kupfer in Blocks, Rohgüsse aus Kupfer und Kupferblech, 7. Eisen- und Metallguss, 8. Herren-, Damen-, Kinder- und Berufskleidung, 9. Flachs- und Hanf-Garn, 10. Bleiröhren und Blech, 11. Kupferrohre, 12. Leder, gegerbt und lackiert, 13. bearbeitetes Pelzleder aller Art, 14. Waren aus Baumwolle, Jute, Hanf, Flachs, Wolle, Seide und Kunstseide, 15. Juwelier-Waren aller Art aus Gold und Silber.

Der „Express Poranny“ teilt mit, dass der Abnehmer solcher Waren in Polen strafrechtlich verfolgt wird und erhebliche Zollstrafen zahlen muss.

Neuregelung der staatlichen Finanzgarantien

Der Finanzminister hat dem Sejm einen Gesetzentwurf unterbreitet, welcher für den Finanzminister besondere Ermächtigungen auf dem Gebiete der staatlichen Finanzgarantien vorsieht. Nach dieser Vorlage soll der Finanzminister ohne besondere Vollmachten Staatsgarantien bis zu einer Höchstsumme von 1500 Mill. Goldzloty erteilen können, darunter 750 Mill. Złoty zu Gunsten der Staatsbanken (bis jetzt 300 Mill.), 250 Mill. Złoty zu Gunsten staatlicher Unternehmungen (bis jetzt 500 Mill.) und 500 Mill. Złoty zu Gunsten von Kommunalbanken und kommunalen Kreditinstituten. Nach Artikel 4 des Gesetzentwurfes soll die Staatsgarantie auch in ausländischer Währung erteilt werden können. Im Hinblick auf die absolute Mehrheit der Regierungspartei im polnischen Sejm dürfte dieses Projekt des polnischen Finanzministers zweifellos angenommen werden.

Wachsender Pferdeexport

Eine bereits beachtliche Position im polnischen Export bildet die Ausfuhr von Pferden. Dieser Ausfuhrzweig hat nicht nur durch die gegenwärtige Krisis nicht gelitten, sondern hat sogar eine Ausdehnung erfahren. Der Export von Pferden aus Polen belief sich im ganzen Jahre 1930 auf 51217 Stück, hatte aber in den ersten 8 Monaten des Jahres 1931 bereits 51041 Stück erreicht. In der Hauptsache, und zwar zu 80 Prozent der gesamten Pferdeausfuhr, werden Schlachtpferde exportiert, die hauptsächlich nach Belgien, Frankreich, Holland und Skandinavien gehen. Die Verarmung der Arbeiterschaft auch in diesen Ländern hat den Verbrauch von Pferdefleisch vergrössert, 15 Prozent der Pferdeausfuhr bildet die Ausfuhr von Arbeitspferden, kleine Gruppenpferde werden in einer Menge von weiteren 5 Prozent der Gesamtausfuhr von Pferden exportiert. Der Export von Pferden hat aus dem Grunde mengenmässig eine so günstige Entwicklung genommen, weil die Landwirte sehr stark Pferde abstellen. Die Lage auf dem polnischen Pferdemarkt ist gegenwärtig derart katastrophal, dass kürzlich mehrere Fälle vorgekommen sind, in denen Pferde für 2-7 Złoty verkauft wurden.

Märkte

Posen, Getreide, 26. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station-Poznań.

Transaktionspreise:	
Roggen 615 to	25.00
75 to	24.75
15 to	24.00
Weizen 15 to	24.50
30 to	24.25
45 to	24.00
Roggenkleie 90 to	15.50

Richtpreise:	
Gerste 64-66 kg	20.00-21.00
Gerste 18 kg	21.50-22.50
Braugerste	24.00-25.00
Hafer	20.50-21.00
Roggenmehl (65%)	35.50-36.50
Weizenmehl (65%)	35.25-37.25
Weizenkleie	14.00-15.00
Weizenkleie (grob)	15.00-16.00
aps	33.00-34.00
Sommerwicke	22.00-24.00
Peluschken	21.00-23.00
Viktoriaerbsen	23.00-27.00
Polgererbsen	29.00-32.00
Blaulupinen	13.00-14.00
Gelblupinen	16.00-17.00
Sent	33.00-40.00

Gesamtstendenz: schwach. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Weizen 15 to. Getreideabsatz erschwert.

Getreide, Warschau, 25. Januar. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau, für 100 kg in Złoty, im Grosshandel, Parität Waggon Warschau: Roggen 24.50-25, Weizen 25-25.50, Sammelweizen 24.50-25, Einheitshafer 23-24, Sammelhafer 20.50-21, Gerstengrütze 20.50-21, Braugerste 23-24, Feldspeiseerbsen 27-30, Viktoriaerbsen 30-34, Winterpsen 33-34, Rotklee 175-200, bei Reinheit bis zu 97 Prozent 220-260, Weissklee 360-420, Weizenluxusmehl 43-50, Weizenmehl (0000) 33-43, gebauertes Roggenmehl 40-42, gesiebtes und Roggenschrotmehl 31-32, mittlere Weizenkleie 14.50-15, Roggenkleie 12.50-13, Leinkuchen 24-25, Rapskuchen 19-20.50, Sonnenblumenkuchen 20-21, Seradella, doppelt gereinigt 27-29, Blaulupinen 15-17, gelbe 18 bis 20, Peluschken 26-28, Wicken 24-26, Leinsamen 99 Prozent 35-37. Mittlere Umsätze bei weiterhin schwacher Tendenz.

Danzig, 25. Januar. Amtliche Notierung für 100 kg: Weizen, 128 Pfd., weiss 14.50, Weizen, 128 Pfd., rot, bunt 14.20, Weizen, 128 Pfd., rot, bunt 13.90, Roggen 15.50, Gerste, feine 14.25-15, Gerste mittel 13.50-14, Fattergerste 13, Hafer ohne Handel, Viktoriaerbsen 15-17, Grüne Erbsen 18-22, Roggenkleie 9, Weizenkleie 9, Zuzuhr nach Danzig in Wagg: Weizen 3, Roggen 35, Gerste 16, Hülsenfrüchte 3, Saaten 5.

Posener Viehmarkt

vom 26. Januar 1932.

Auftrieb: Rinder 720, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 1963, Kälber 500, Schafe 28, Ziegen —, Ferkel —, Zusammen 3211.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Schlachthof Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	62-68
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	54-60
c) ältere	40-46
d) mäßig genährte	30-40

Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	54-60
b) Mastbullen	44-50
c) gut genährte, ältere	36-42
d) mäßig genährte	30-34

Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	62-68
b) Mastkühe	54-60
c) gut genährte	32-40
d) mäßig genährte	24-28

Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	62-68
b) Mastfärsen	50-60
c) gut genährte	42-46
d) mäßig genährte	30-40

Jungvieh:	
a) gut genährtes	36-42
b) mäßig genährtes	26-30

Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	64-70
b) Mastkälber	58-62
c) gut genährte	50-54
d) mäßig genährte	40-48

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	56-58
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	44
c) gut genährte	

Mastschweine:

a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	84-86
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	80-82
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	76-78
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	70-74
e) Sauen und späte Kastrate	68-74
f) Bacon-Schweine	
Bacon-Schweine loco Verladestadt I. Kl.	66-68
„ „ „ „ II. Kl.	62-66

Marktverlauf: sehr ruhig.

Produktenbericht. Berlin, 25. Januar. Ruhig und kaum behauptet. Anlässlich des morgen hier stattfindenden Saatenmarktes war die Produktenbörse bereits heute stärker besucht, ohne dass aber eine nennenswerte Belebung des Geschäfts eintrat. Die Unsicherheit der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung beeinträchtigt allgemein die Unternehmungslust und Käufer und Verkäufer standen sich abwartend gegenüber. Das Inlandsangebot ist keineswegs dringlich, übersteigt aber verschiedentlich die Nachfrage, und im Prompt- und Lieferhandel war das Sonnabend-Preisniveau nicht behauptet. Weizen setzte bei 0.75 Mark, Roggen 1 Mark niedriger ein, und auch zu den ermässigten Preisen war die Umsatzfähigkeit ziemlich schleppend. Abschlüsse in Weizen- und Roggenmehlen bleiben auf die Deckung des Tagesbedarfes beschränkt, wobei billige Provinz-

roggenmehle weiterhin etwas bessere Beachtung finden. Das Offertenmaterial in Hafer hat sich nicht verstärkt, und die Forderungen sind hochgehalten, werden aber vom Konsum nur zögernd bewilligt; der Lieferungsmarkt eröffnete mit kaum behaupteten Preisen. Gerste hat unverändert lustloses Geschäft. Für Weizen- und Roggenexporteure nannte man Sonnabendpreise.

Berlin, 25. Januar. Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark. Weizen, märk. 230-232, Roggen, märk. 196-198, Braugerste 158-168, Futter- und Industrieerbsen 153-158, Hafer, märk. 138-146, Weizenmehl 28-31.75, Roggenmehl 27.10-29.40, Weizenkleie 9.60 bis 10, Roggenkleie 9.60-10, Viktoriaerbsen 21-27.50, Kleine Speiseerbsen 21-23.50, Futtererbsen 15-17, Peluschken 16-18, Ackerbohnen 14-16, Wicken 16 bis 19, blaue Lupinen 10-12, gelbe Lupinen 14.50 bis 16, neue Seradella 23-29, Leinkuchen 11.70-11.80, Trockenschrot 6.60-6.70, Soyaeschrot, ab Hamburg 10.60-10.80, ab Stettin 11.90, Kartoffelflocken 12.40 bis 12.50.

Getreide-Termingeschäft. Berlin, d. 25. Januar. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg. Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71.5 kg Hektoliter-Gewicht: März 245, Mai 253.75 und Geld; Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht: März 208, Mai 213; Hafer: März 160, Mai 168-168.25.

Hamburger Cifnotierungen für Auslandsgetreide. Amtliche Notierungen des Hamburger Marktes (hilf. je 100 kg). Weizen: Manitoba schw. 6.55, Januar-Abladung 6.55, do. II schw. 6.10, Januar 6.10, Amber durum II Can. Februar 8.10, Rosa Fé (80 kg) Januar-Februar 4.80, Barusso (80 kg) Jan.-Februar 4.85, Bahia (80 kg) Januar-Februar 5.00, — Gerste: Donau (61-62 kg) schw. 5.25, Januar 5.25, La Plata (64-65 kg) Januar-Februar 4.95, — Roggen: La Plata (74-75 kg) Januar-Februar 4.80, — Mais: La Plata loko schw. 3.40, Januar 3.50, Februar 3.60, März 3.70, Donau (Galio) schw. 3.35, Januar 3.45, — Hafer: Unclipped Plata (46-47 kg) Januar-Februar 3.95, Clipped Plata (51-52 kg) Januar-Februar 4.15, — Weizenkleie: Bran schw. 3.50, Januar 3.80, April 3.80, — Leinsaat: La Plata (96%) Januar 7.20, Febr. 7.20, Rizinus Januar-Februar 13/5, Bombay Januar-Februar 12/5.

Kartoffeln. Berlin, 25. Januar. Speisekartoffeln: Weiss 1.80-1.90, rote 1.70-1.90, Odenwälder blanc 1.80-2, andere gelbfleischige ausser Nieren 2.10-2.30. Fabrikkartoffeln 8/4-9/4 Pig. pro Stärkeprozent. Exportware über Notiz.

Eier. Berlin, 25. Januar. Deutsche Eier, Trink-eier (vollrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 g 10%, Klasse A 60 g 9%, Klasse B 53 g 8%, Klasse C 48 g 7%, Pig.: aussortierte kleine und Schmutzeier 5-6% Pig. — Auslands Eier: Dänen 18er 10-10%, 17er 9%, 15%—16er 8%; leichtere 6%—7%; Schweden 18er 10-10%, 15%—16er 8, leichtere 6%—7%; Holländer Durchschnittsgewicht 68 g 10%, 60-62 g 8% bis 9, 57-58 g 8-8%, Rumänen 5%—7%; kleine, mittel Schmutzeier 4%—5% Pig. — In- und ausländische Kühleiser: Normale 5-6 Pig. — Kalkeler: Normale 4%—5 Pig. — Witterung: trübe. Tendenz: behauptet.

Posener Börse

Posen, 26. Januar. Es notierten: 5% Konvert.-Anl. 39.25 G (39), 4% Konvert.-Pfundr. d. Pos. Landschaft 28 B (29), Invest.-Anl. 83 G. Tendenz: ruhig.

Danziger Börse

Danzig, 25. Januar. Scheck London 17.60%, Dollarnoten 5.12%, Reichsmarknoten 121%, Zlotynoten 57.53.

Im heutigen Devisenverkehr war das englische Pfund wenig verändert; Scheck London notierte 17.58-63, Auszahlung 17.60-65, Reichsmarknoten lagen international etwas schwächer und waren, ebenso wie Auszahlung Berlin, im Freiverkehr mit 120%—122 zu hören. Dollarnoten wurden mit 5.11%—12% genannt, während Kabel New York heute 5.1335 notierten. Der Zloty war wenig verändert mit 57.47-59 für Noten und 57.45-57 für Auszahlung Warschau.

Warschauer Börse

Warschau, 25. Januar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.8975, Goldrubel 503 Z für 100 Rbl., Tschernowetz 0.32 Dollar, deutsche Mark (Devis) 211.50, Geld 210.75-211.00.

Amtlich nicht notierte Devisen: New York 8.91%, Belgrad 15.78, Berlin 211.45, Bukarest 5.36, Danzig 173.75, Helsingfors 13.15, Kopenhagen 168, Oslo 166, Sofia 6.46, Italien 45, Montreal 7.54.

Effekten

Es notierten: 4% Prämien-Invest.-Anleihe 84.75 (—), 4% Prämien-Invest.-Anleihe (Serie) 91.75 (—), 4% Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 43.25 (43.50), 5% Staatsl. Konvert.-Anleihe 40 (40), 6% Dollar-Anleihe 56.50 (54), 7% Staatsl. Anleihe 53.75 (53.75). Bank Polski 100 (100). Tendenz: ruhig.

Amtliche Devisenkurse

	25. 1.	25. 1.	23. 1.	23. 1.
	Gold	Brief	Gold	Brief
Amsterdam	358.55	360.35	358.55	360.35
Berlin *)	212.70	214.00	213.20	214.50
Brüssel	124.09	124.71	—	—
London	30.55	30.85	30.65	30.95
New York (Scheck)	—	—	8.896	8.936
Paris	35.04	35.22	35.04	35.22
Prag	26.35	26.47	26.36	26.48
Rom	—	—	44.77	45.28
Danzig	—	—	—	—
Stockholm	172.13	173.87	—	—
Zürich	173.72	174.58	173.73	174.59

Tendenz: Holland und Paris unverändert.

Berliner Börse

Amtliche Devisenkurse

	25. 1.	25. 1.	23. 1.	23. 1.
	Gold	Brief	Gold	Brief
Bukarest	2.517	2.522	2.517	2.523
London	14.36	14.42	14.36	14.42
New York	4.206	4.217	4.209	4.217
Amsterdam	169.58	169.92	169.58	169.92
Brüssel	58.68	58.81	58.68	58.81
Budapest	58.94	57.06	58.94	57.06
Danzig	82.12	82.28	82.12	82.28
Helsingfors	6.224	6.236	6.224	6.236
Italien	21.08	21.12	21.08	21.12
Jugoslawien	7.463	7.477	7.463	7.477
Kaukas (Kowno)	41.93	42.06	41.93	42.06
Kopenhagen	78.22	78.38	78.22	78.38
Lissabon	13.14	13.16	13.14	13

Von Mittwoch, den 27. Januar, bis Sonnabend, den 6. Februar

Großer Inventur-Ausverkauf

Billigkeits-Rekord! **75%** bis

10% Rabatt auf alle im Preise nicht reduzierten Waren bis **zł 30.— p. m.**

Reste spottbillig!

Beachten Sie bitte meine Auslagen

habe ich grosse Posten Seiden-, Woll- und Baumwoll-Waren im Preise herabgesetzt.

DOM JEDWABIU
M. Gumrowski

POZNAŃ-PL. WOLNOŚCI 10.

75% Billigkeits-Rekord!

auf alle im Preise nicht reduzierten Waren über **20%** Rabatt **zł 30.— p. m.**

Reste spottbillig!

Beachten Sie bitte meine Auslagen!

Am 24. Januar entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld getragenen Leiden, unsere liebe Schwägerin, Tante und Pflegemutter

Fraulein Anna Wiczynski

im fast vollendeten 83. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Elise Wiczynski, geb. Rust
Felix Wiczynski = Gnuzyzn
Ilse Wiczynski, geb. Haupt
Gertrud Kielich

Poznań, den 25. Januar 1932.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 27. d. Mts., 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause, Rateki 2, aus statt.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen auf diesem Wege

herzlichen Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Alara Bloch

Gesucht zum 15. Februar perfektes **1. Stubenmädchen** Glanzplättchen und gute Küchenkenntnisse Bedingung. Zeugnisabschriften sind einzuwenden. Dominium **Przybyszewo**, pow. Leszno.

Für polnischen Sprachunterricht in Privathaus wird wirklich perfekt polnisch sprechende Persönlichkeit sofort gesucht. Offerten mit Empfehl. an Pfarrhaus **Pniemog** erbeten.

Wer Stellung sucht findet diese schnellstens durch die Klein-Anzeige im weit verbreiteten „Posener Tageblatt“

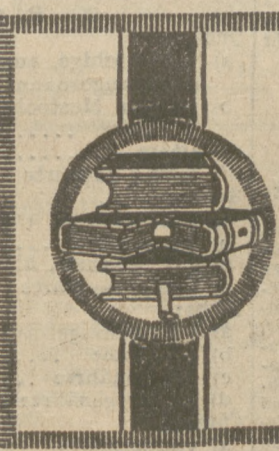
Konditorei Kaffee
GERBON
POZNAŃ
 UL. FR. RATAJCZAKA 39 TEL: 3228.

Die für den 19. Januar angelegte

Zwangsversteigerung

d. Schnell'schen Grundst. in Chojnik ist von Amts wegen wegen formeller Mängel **aufgehoben worden**. Neuer Termin wird vom Gericht festgesetzt und hier bekanntgegeben. Die Nachricht über d. Aufhebung d. Termins kam erst a. 18. Januar nachm. so daß eine rechtzeitige Mitteilung an die interessierten Personen nicht mehr möglich war.

Gerh. Staemmler
 Poznań, ul. Zwirzyniecka 13.



Neueinbände und Reparaturen

von Büchern, Journalen, Mappen usw. werden sauber, schnell und billigst ausgeführt.

CONCORDIA SP. AKC.
 Poznań, ul. Zwirzyniecka 6.

Claudio Arrau

der weltberühmte Pianist

tritt mit dem Sinfonieorchester im Teatr Wielki am Mittwoch, dem 27. Januar, abends 8 Uhr auf.

Dirigent: **Grzegorz Fitelberg**

Programm: Beethoven Ouvertüre „Coriolan“, Beethoven „Klavierkonzert Es-Dur“, Kondracki „Kleine Tatra-Sinfonie“ und Rimski-Korsakow „Car Saltan“-Suite.

Kartenvorverkauf bei Szejnbrowski, ul. Gwarna 20, abends ab 6 Uhr an der Kasse.

Zaun-Geflecht verzinkt

2,0 mm stark 1.— zł
 2,2 mm stark 1,20 zł
 pro mtr.

Einfassung lfd. mtr. 22 gr.
 Stacheldraht lfd. mtr. 15 gr.
Alles FRANCO
Drahtgeflechtfabrik
Alexander Maennel
 v. Tomysl W. 5.

Butter sehr billig!!!

Feinste Tafelbutter 1/2 aus pasteurisiertem Rohm kg **zł. 1.60**

Fa. M. Miczyńska

Inh. Carl Piattowski.
 Gegr. 1872. Poznań Tel. 3658.
 Blac Sw. Krzyski 3.
 Spezialgeschäft für Butter, Käse und Eier.

Das Buch des bekannten Segelfliegers

Günter Groenhoff:

Ich fliege mit

und ohne Motor

Mark L20

Auslieferung an den Buchhandel durch die **KOSMOS Sp. z o.o.** Groß-Sortiment. Poznań, Zwirzyniecka 6.

Stenographie-

Schreibmaschinen- und Buchführungskurse in deutscher und polnischer Sprache beginnen am 4. Januar. **E. Tycan**, ul. Strzelecka 33 und Poznańska 28-30.

Überschriftswort (fett) ----- 30 Groschen
 jedes weitere Wort ----- 15 „
 Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 30 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte. Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags. Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer sofort zu vermieten. Lukaszewicza 1, Wohnung 11.

Möbl. Zimmer zu vermieten. Skarbowa 15, Wohnung 9.

Möbl. Zimmer zu vermieten. Mostowa 37, II, Wohn. 8.

Möbl. Zimmer frei Działynskich 2, Wohn. 7.

Möbl. Zimmer zu vermieten. Strzelecka 12, Wohn. 10.

Großes helles, leeres Zimmer, Zentralheizung, elektrisch, Licht, Eingang ganz separat. Plac Wolności 17, II. Etage. F. Hirschberg.

Solider Herr sucht per 1. oder 15. Februar gut möbliertes Zimmer in vornehm. Hause mit Badezimmer u. elektr. Licht im Zentrum d. Stadt oder Stadtnähe. Off. unt. **2473** an die Geschäfts. d. Ztg.

Möbliert. Zimmer vom 1. Februar zu vermieten. Plac Działowy 10, III. Wohnung 10.

An- u. Verkäufe

Sonderangebot 2,40 złoty



schlafenden von 9,80, bez. ziert von 11,90. Bettlaken von 4,50. Auf Wunsch Ausführung sämtlicher Bestimmungen in kürzester Zeit. Spezialität: Anstreichern. Wäsche-Fabrik J. Schubert nur Poznań, ul. Wroclawska 3.

Hausgrundstück zu kaufen gesucht. Anzahl. bis 40000 zł. Off. erb. u. **2472** an die Geschäfts. d. Ztg.

Hausgrundstück in guter Lage der Stadt Krutomschel, zu ed. Geschäft geeignet, auf 6 Jahre zu verpachten, auch zu verlauf. erforderlich sind 12000 zł. Offerten sind zu richten u. **2477** an die Geschäfts. d. Ztg.

Massive Villa 9 Zimmer, Zentralheizung, Wirtschaftsgebäude, großer Obstgarten, Buzyczykowo, 5 Minuten v. Bahnhof, sofort veräußert. Offerten unter **2466** an d. Geschäfts. d. Ztg.

Ärztl. geprüfte Masseuse Krankenschwester empfiehlt sich für medizin. u. kosmetische Massage in und außer dem Hause. Mlyrska 2, Wohnung 12. Telefon 5409.

Älteres Fräulein erfahren in allen Zweigen des Haushaltes, gute Kenntnisse in Kranken- u. Kinderpflege, die sich vor keiner Arbeit scheut, sucht Beschäftigung. Gute Empfehlungen vorhanden. Off. u. **2480** an die Geschäfts. d. Ztg.

Evgl. Gärtner 26 Jahre alt, bis jetzt in Gutsbundsgeheimnisse tätig, gew. sucht Stellung als selbstständiger in groß. Gutsbundsgeheimnisse. Gute Zeugnisse vorhanden. W. Buchwald, Krzyżanowo, poczta Marniecki, pow. Śrem.

Wirtschaftsinspektor Oberbühler, 35 Jahre alt, mit landw. Schulbildung, guten Zeugnissen und 14jähr. Praxis, auf intensiven Gütern Schlesiens und Posen, jetzt 6 Jahre a. intensib. bewirtschaftetem 3400 Morgen gr. Gute, sucht Dauerstellung v. 1. Juli 1932 als verh. od. ledig. Off. unter **2452** an die Geschäfts. d. Ztg.

Gesucht zum 1. April 1932 sehr tüchtigen, äußerst energischen, evang. Administrator mit poln. Sprachkenntnis, in besten Jahren. Serven aus guter Familie mit akademischer Bild., möglichst unverheiratet, werden bevorzugt. Befähigungen müssen durch langjährige Zeugnisse u. Referenzen einwandfrei nachgewiesen werden. Zuschriften sind zu richten unter **2459** an die Geschäfts. d. Ztg.

Gesucht wird z. 1. Februar tüchtiges, älteres **Haus- und Küchenmädchen** Zeugnisse und Gehaltsansprüche erbeten an G. Jonas, Mühlenb., Kobylin, vom Skotolzin

Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene erteilt bei mäßigen Preisen E. Baesler, Szamarzewskiego 19 a, Wohnung 7.

Klavierunterricht für Anfänger und Fortgeschrittene erteilt bei mäßigen Preisen E. Baesler, Szamarzewskiego 19 a, Wohnung 7.

Klavierunterricht auch Englisch u. Französisch erteilt Neumann, Fredy

Belrat

Junggeheile Landwirt, Anfangs 40, mit 60000 zł Barvermögen, deutsch-lath. wünscht dauerhafte Bekanntschaft zwecks Heirat. Off. u. **2475** a. d. Geschäfts. d. Ztg.

Geldmarkt Auf Bäckerei-Grundst. mit 18 Hekt. Land (Wald) Darlehen von 10000 zł auf 1. Hypothek gegen Gebäude-Feuerversicherung 24000 zł. Off. unter **2474** an die Geschäfts. d. Ztg.

Möblierte Zimmer
 vermieten Sie schnell u. billig durch die „KLEIN-ANZEIGEN“ im Posener Tageblatt.

Güter und Wirtschaften jed. Größe unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt Rutkowski, Poznań, ulica Grobla 29.

Wohne Offaj on in alten und neuen echten Perseerteppichen bei Caesar Mann, Rzeczypospolitej 6

Schreibmaschinen liefert mit Garantie erstklassige neue von zł 690.— und gebrauchte von zł 95.—. Skóra i Ska, Poznań, Al. Marcinkowskiego 23.

Stellengesuche Suche Verstellung als **Konditor** Off. u. **2474** a. d. Geschäfts. d. Ztg.

Junge Expedientin (Büfettrel.) intelligent, ehrl., tüchtig, gute Zeugnisse, sucht Stellung in Restaurant, Konditorei oder Bäckerei, spricht deutsch und polnisch, kennt Fahrstuhlbedienung, Ort gleich. Kleine Kautions kann gestellt werden. Off. u. **2475** a. d. Geschäfts. d. Ztg.